

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeilen 40 Pf.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Pflichten. VII.

Wie das Wohlbefinden des menschlichen Organismus von den Funktionen der einzelnen Glieder abhängt, so richtet sich der innere Wert und das äußere Ansehen eines Vereins oder Verbandes nach der Beteiligung seiner Mitglieder an seinem Wirken. Sobald man sich aus materiellen oder bloßen Interessen einer Vereinigung von Gleichgesinnten angeschlossen hat, hat man die Pflicht, den eigentlichen Zweck und die Statuten genau kennen zu lernen, um sich darnach zu richten. Andernfalls bleibt man für den Verein eine tote Biffer. Es wäre trauriger Egoismus, wollte man nur aus der mühsamen Tätigkeit des Vereinsvorstandes Nutzen ziehen, ohne zugleich seine eigene, wenn auch noch so bescheidene Kraft zur Förderung gemeinsamer Interessen einzusetzen. Der geforderte Geldbeitrag liefert niemals ein Ersatz für die geistige Mitarbeit. Da in den Vereinigungen das stärkste Vereinsleben pulsiert, ist es Ehrenpflicht der Mitglieder, sich an die in so weit als möglich zu beteiligen. Wer einen eigenen vernünftigen Gedanken hat, darf sich nicht scheuen, ihn in der Diskussion vorzubringen. Oft werden die Anregungen aus dem Substrat für den Verein am fruchtbarsten.

Jedes Vereinsleben stellt Anforderungen an den Charakter des einzelnen. Auf der einen Seite gilt es, einem ehrgeizigen Strebertum und anmaßender Herrschsucht entgegenzuwirken, auf der andern Seite muß der Kampf mit kleinlicher Mißgunst und engherziger Feigheit aufgenommen werden. Die Pflichten verteilen sich verschieden auf Gebende und Empfangende, auf Anregende und Ausführende, doch muß jeder nach bestem Willen und Vermögen das Seine leisten, daß der Verein eine Macht wird, die mit Erfolg für die Gesamtheit und den Einzelnen wirkt und in ihren inneren und äußeren Werken ständig wächst.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Von hervorragender Stelle wurde neuerlich erst von einer beginnenden Hochkonjunktur gesprochen. In der Metallindustrie scheint es fast, als ob diese Worte eine gewisse Berechtigung hätten; denn überall, wo wir hinsehen, ist Trieb und Leben; das trifft sowohl für die Werke der Metallindustrie als auch für die einzelnen Werke zu. Allerdings können wir bei der Beurteilung der allgemeinen Lage hier gewisse Zweifel nicht unterdrücken. Denn ein bedenklches Zeichen warnt vor einer allzu günstigen Beurteilung. Es sind besonders in der Eisenindustrie große Betriebsausdehnungen gemacht worden und es ist sehr fraglich, ob diese nicht weit über den Bedarf hinaus produzieren, sobald die in Betracht kommenden Werke aufhören müssen, für die Industrie selbst am meisten zu produzieren. Tatsächlich hört man denn auch heute schon die Befürchtung laut werden, daß wir mit Riesenschritten einer Überproduktion zueilen, die besonders für den Arbeiter von den schlimmsten Folgen begleitet sein müßte.

Nicht wenig schuld an dieser Entzweiung ist die Kartellierung der Industrie. Durch die relative Sicherheit des günstigen Preises, die durch den Stahlwerksverband gewährleistet wird, drängt sich das Kampfgebiet von selbst auf den Quotenanteil. Und dieser Kampf ist die erste Ursache einer etwaigen Überproduktion. Gerade wir müssen hier klar sehen und dürfen uns nicht täuschen lassen von, wenn auch erfreulichen Erscheinungen.

Zu diesen gehört vor allem die Gestaltung des Arbeitsmarktes. Die Entwicklung hier läßt unzweifelhaft eine Aufwärtsbewegung erkennen. Im Januar 1911 kamen für unsere Industrie 232 Arbeitsgesuche auf 100 offene Stellen, gegenüber 262 im Dezember 1910 und 283 im Januar 1910. Die Zahl der offenen Stellen überhaupt vermehrte sich im Januar 1911 gegen den gleichen Monat des vorigen Jahres um 27 1/2%, während die Arbeitsge-

nur um 14,8% stiegen. Die Zunahme der Arbeitsgesuche betrug rund 15 000, die der angebotenen Stellen dagegen 41 000, die der besetzten 29 000. Diese Tatsachen sind erfreulich, doch dürfen an sie keine unberechtigten Hoffnungen geknüpft werden. Die christlichen Gewerkschaften, die auf dem Standpunkt der heutigen Gesellschaftsordnung stehen, haben alles Interesse daran, daß die wirtschaftliche Entwicklung keine sprunghafte ist, der unausbleiblich Rückschläge folgen müssen, unser Interesse deckt sich in diesem Punkte vollständig mit dem der Allgemeinheit und dem der Unternehmern im Gegensatz zu den auf das sozialdemokratische Programm eingeschworenen „freien“ Gewerkschaftlern, die im Interesse des baldigen Eintretens ihres letzten Zieltes nur das Gegenteil wünschen können, wie das ja auch ihr Minister Karl Marx in der Kriegenstheorie klar dargelegt hat. Was für den Arbeiter, der nun einmal mit den Verhältnissen rechnen muß, das Bessere sei, das zu beurteilen, überlassen wir ruhig dem gesunden Menschenverstand.

Wenn wir in unserer letzten Rundschau die Nachricht brachten, daß der Bestand der Stabeisenkonvention gesichert sei, was wir nach den letzten Nachrichten, die uns noch zugänglich waren, wohl annehmen konnten, so hat es sich nachträglich herausgestellt, daß sich in letzter Stunde der Erneuerung Schwierigkeiten in den Weg stellten. Ein befriedigendes Resultat liegt bis heute nicht vor. (Die Auflösung ist inzwischen (7. März) beschlossene worden. Die Red.). Der Stabeisenmarkt leidet unter dieser Unsicherheit. Die Konsumenten halten naturgemäß in der Bedarfsdeckung zurück, in der Hoffnung auf ein weiteres Sinken der Preise — ein weiteres Sinken, denn sie sind schon rapid gesunken und erreichen nirgends mehr die Höhe, die von der Konvention festgelegt wurde. Umsätze zwischen 102 Mk. und etwas darüber sind nichts seltenes; der Absatz ins Ausland ist befriedigend.

Man hielt eine Zeitlang die Erneuerung der Stabeisenkonvention für die notwendige Voraussetzung des Fortbestandes des Stahlwerksverbandes. Hierin haben sich die Anschauungen einer Wandlung unterworfen. Man glaubt, daß dieser auch ohne jene möglich sei.

Der Bericht des Stahlwerksverbandes über den Markt lautet im allgemeinen nicht ungünstig; doch weist der Verband an A-Produkten einen erheblichen Rückgang (für Januar!) auf. Er stellt sich um 38 162 T. niedriger als im Dezember 1910. Die Differenz rührt hauptsächlich von dem verminderten Absatz an Eisenbahnmateriale her. Man geht nicht fehl, wenn man in der Sparpolitik der preussischen Eisenbahnen eine vornehmliche Ursache des Rückgangs sieht. Der Bestand an B-Produkten stellte sich günstiger, er betrug insgesamt 488 105 T. Rohraufgewichte. Auf Stabeisen kommen 278 759 T., auf Walzdraht 64 944 T., auf Bleche 86 299 T., auf Röhren 12 918 T., auf Guß- und Schmiedestücke 45 185 T.

Der Roheisenmarkt bietet wenigstens, was die Beschäftigung betrifft, ein günstiges Bild. Aus der oberflächlichen Industrie lauten die Berichte befriedigend, ebenso aus den anderen Teilen Deutschlands. Allerdings zeigt sich nach den neuesten Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustriellen in der Gesamtzeugung ein nicht unbeträchtlicher Rückgang im Februar 1911 — gegen den Januar 1910. Die gesamte Roheisenzeugung in Deutschland und Luxemburg betrug im Februar 1 179 109 T. gegen 1 320 683 T. im Januar 1910 und 1 091 351 T. im Februar. Doch ist die Gesamtzeugung — und darauf kommt es schließlich an — in den beiden Monaten dieses Jahres um 230 869 T. höher als in denen des Vorjahres.

Die Preislage auf dem Roheisenmarkt steht in einem gewissen Widerspruch zu der, die in Gußfabrikaten herrscht. Es rührt dies davon her, daß die Gießereien sich zur Zeit des billigen Roheisens hinreichend für längere Zeit abdeckt haben und

nun ihre Fabrikate zu Preisen loszuschlagen, die zwar noch hinreichenden Gewinn abwerfen, aber in keinem Verhältnis zu dem jetzigen Preis des Rohstoffes stehen. Die Fabriken, die eine rechtzeitige Bedeckung unterließen, werden natürlich durch die Konkurrenz der andern geschädigt. Ueber den Fortbestand des Gußrohrensyndikates, das am 31. März sein Ende erreicht, ist noch keine Entscheidung getroffen.

In der Lage der andern Fabrikationszweige hat sich nicht viel geändert, sie sind durchweg gut beschäftigt. Das gilt insbesondere von den Werkzeugmaschinenfabriken und der Kleinereisenindustrie. Von dieser ist zu berichten, daß sich die Preisvereinbarung der Splintenfabrikanten auf weitere drei Jahre verlängert hat. Im Gegensatz hierzu hat sich das deutsche Metall-Kapitel-Syndikat aufgelöst. Die Preisunterbietungen bedeutender Außenleiter führten die Auflösung herbei, da die Kampfpreise, die diesen gegenüber angewendet werden mußten, sich nicht rentierten.

Von dem amerikanischen Eisen- und Stahlmarkt hören wir weiter von einer zunehmenden Besserung. In den interessierten Kreisen fürchtete man in den letzten Wochen einen Rückschlag der eingetretenen Entwicklung. Die Eisenbahnen beabsichtigten eine Tarifierhöhung, die amerikanische Regierung gab aber ihre Zustimmung nicht. Es wurde nun die Befürchtung laut, daß die Bahnen infolge dessen ihre Bestellungen einschränken und schon gemachte zurückziehen würden. Die Befürchtung hat sich als unbegründet erwiesen, ein Zeichen, daß die amerikanischen Bahnen auch bei ihren jetzigen Tarifen zu bestehen wissen, was auch aus ihren Abschlüssen klar hervorgeht. Die Bestellungen nehmen ruhig ihren Fortgang. Besonders profitiert natürlich die Schienenbranche unter diesen Umständen. Der Stahltrakt produziert in Hoheisen täglich 5000 T. mehr als im Januar. Im Betrieb sind nunmehr 223 Hochofen gegen 200 Anfang Januar. Zu Beginn dieses Jahres waren nur 46% Hochofen in Tätigkeit, heute sind es 68%!

Wiel verschlungen sind die wirtschaftlichen Pfade, die schließlich auch dem Arbeiter, besonders dem christlich organisierten, das Ziel zeigen, dem er zustreben soll. Es ist eine Eigentümlichkeit des Unternehmertums, daß es bei einander Hochkonjunktur jeden Maßstab verliert. Das die nicht bleiben kann, wird vergessen. Man arbeitet aber in fieberhafter Hast, den Sturz alsbald herbeizuführen. Die Unternehmer, viele wenigstens, dürfen vergessen, daß der Hochkonjunktur ein Niedergang folgen muß, der Arbeiter darf und kann das nicht, ohne seine Existenz in Frage zu stellen. In den Zeiten des günstigsten Geschäftsganges ist die Nachfrage groß, das Angebot an Arbeitskräften geringer. Diese, für den Arbeiterstand günstige Sachlage wird aber nur eine gewerkschaftlich organisierte Arbeitererschaft für sich ausnutzen können. Die Spezialisierung der Arbeit ist also eine Existenzfrage für die Angehörigen des Arbeiterstandes. Die Zeit der aufsteigenden Konjunktur, der erhöhten Nachfrage nach Arbeitskräften, soll der Arbeiter mit Hilfe seiner Organisation zur Erhöhung seines Anteiles am Produktionsgewinn, d. h. zur Aufbesserung und womöglich auch zur tariflichen Stabilisierung seines Lohnes und der günstigeren Gestaltung der sonstigen Bedingungen im Arbeitsverhältnis benutzen. So kann auch der Arbeiterstand mit dazu beitragen, das allzu fieberhafte Gehen und Jagen im Wirtschaftsleben zu einem gesunden stabileren Tempo zu mäßigen.

Die christlichen Gewerkschaften, die in diesem Sinne zu arbeiten bestrebt sind, tragen gerade dadurch zur Sejung und Festigung der heutigen Wirtschaftsordnung wesentlich bei. Rein Wunder also, daß sie dafür von denjenigen Organisationen, die nun einmal partout die heutige Ordnung niederreißen wollen — ohne aber noch recht zu wissen, wie die neue eigentlich werden soll — in Grund und Boden verfeuert werden. Der Arbeiter aber, der sich von vernünftigen wirtschaftlichen Erwägungen leiten läßt und praktische Erfolge den Phantasien

ihren Schilderungen einmal kommen so len- der Zukunftsherrlichkeiten vorzuzieh, wird sich da- durch nicht beirren lassen. Sein Platz ist nicht in den auf Gedeih und Verderb mit der sozialdemokratischen Regierungspartei verkoppelten sogenannten „freien“ sondern in den wirklich frei und vorurteilslos die Arbeiterinteressen fördernden christlichen Gewerkschaften. — Doch darüber später an anderer Stelle mehr.

Vom sozialdemokratischen Zukunftsstaat.

Mit Rücksicht auf die kommenden Reichstags- wahlen bemilhen sich die sozialdemokratischen Ge- werkschaftsblätter zurzeit wieder eifrig, der roten Par- tei Zutreiberdienste zu leisten. Die sozialdemokrati- sche Parteipresse hinwiederum beschäftigt sich mit löb- lichem Eifer die großen und kleinen agitatorisch täti- gen Geister zur Darlegung der sozialistischen End- ziele, sowie zu einer eventuellen Auseinandersetzung mit den Gegnern aus dem bürgerlichen Lager mit „Material“ auszurüsten. So brachte sie kürzlich eine Artikelserie: „Was wollen die Sozialdemokraten?“ in der sie auf Grund der im Erfurter Programm vorausgesagten „Naturnotwendigkeiten“ die Entwick- lung der heutigen Verhältnisse vom Kapitalismus zum Sozialismus auseinanderzusetzen versuchte. Der Schlussartikel befaßte sich dann mit einer Schil- derung des Zukunftsstaates, wobei der Maler der Herrlichkeiten desselben sich selbst Lügen- strafe, indem er am Ende bemerkte: „Es fällt uns nicht ein, zu behaupten, daß der Zukunftsstaat nun- genau so aussehen wird, wie wir es hier angedeutet haben.“

Nun ist es eine feststehende Tatsache, daß an die „Naturnotwendigkeit“ dieser Entwicklung und damit das Eintreffen des Zukunftsstaates weite Kreise der Genossen und namentlich die führenden nicht mehr glauben. Die Ent- wicklung hat eben den sozialdemokratischen Propheten nicht den Gefallen getan, den Weg zu gehen, den diese wünschten. Der Glaube an die naturnotwendige Ablösung des heutigen kapitalistischen Staates durch den sozialdemokratischen Zukunftsstaat ist damit selbst bei ihnen arg ins Wanken geraten. Schrieb doch im Jahre 1905 der sozialdemokratische „Zimmerer“ (Nr. 22):

„Es ist eine offenkundige Tatsache, die sozialdemokra- tische Partei befindet sich seit langer Zeit in einer unange- nehmen Situation, die in der nächsten Zeit noch schlimmer zu werden droht. Ihre wichtigsten theoretischen Leitsätze haben sich als unhaltbar bzw. zweifelhaft herausgestellt. In den Arbeitermassen ist zwar noch ein verhältnismäßig starker Glaube an die Lehren vorhanden, aber in den Kreisen der Parteiführer nicht und jedenfalls nicht in der politischen Arbeiterpresse. Dadurch schon kommt die Partei in die Lage eines schwankenden Schiffes, und der Parteigenossen bemächtigt sich allmählich dasselbe Gefühl, wie man es bei den Passagieren eines schwankenden Schiffes wahrnehmen kann. Alles wird nervös!“

Und vor einigen Tagen noch gestand „Genosse“ Dr. Maurenbrecher in den „Sozialistischen Mo- natsheften“ (1911, Nr. 1): „Wir können nicht mehr davon reden, daß die Weltentwick- lung mit Naturnotwendigkeit zum So- zialismus führt.“

Bezeichnend als Symptom für den schwankenden Glauben an diese „Naturnotwendigkeit“ und die un- folgedessen einsetzende verzweifelte Stimmung ist auch

der Umstand, daß die Sozialdemokratie wiederholt in den letzten Jahren zur Propaganda schärferer Mit- tel und Methoden im Kampfe gegen die bürgerliche Gesellschaft überging. (Vergl. Soos: „Krisis in der Sozialdemokratie.“ M. Glabach, Volkshverinsverlag). In der Massenfreibekanntmachung auf dem Jenaer Par- teitag (1905) erklärte der Revisionist David: „Dieser Rückschlag in den Revisionismus erklärt sich dar- aus, daß man den Glauben an die naturnot- wendig-innere Auflösung der kapitalistischen Wirt- schaftsordnung, an ihren naturnotwendigen Selbst- mord, mit anderen Worten, an die Katastrophentheorie aufgegeben hat“, und Südekum jagte in derselben Debatte:

„Die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft geht nicht vor sich wie das Experiment des Physikers im La- boratorium, der auf Grund bestimmter Voraussetzungen ein bestimmtes Ergebnis voraussetzt, sondern etwa wie die Entwicklung einer Pflanze. Wir können, wenn wir das Saatgut in die Erde legen, zwar auf Grund der Kenntnis der allgemeinen Entwicklungsgesetze der Pflanzen einiges über das wahrscheinliche Wachstum voraussagen, wir können aber nicht voraussagen, ob ein Ast sich nach oben oder nach unten biegen wird. Wenn Sie die Arbeiter darauf dressieren, daß sie den einen großen Tag erwarten sollen — und sogar was nach diesem großen Tage ge- schehen soll, ist uns schon mit löblichem Eifer geschildert worden — dann lähmen Sie sie für das Wichtigste, was es zunächst zu tun gilt“ usw. (Protokoll 329.)

Daran, daß die heutige oder die nächste Generation etwa die Zukunftsge-ell- schaftlichen Würde, daranglaubt kein wi- sendes Sozialdemokrat mehr, der sich selbst gegenüber ehrlich ist. In diesem Sinne bemerkte seinerzeit der sozialdemokratische „Bau- hülfsarbeiter“ (1907, Nr. 32): „Die Hoffnung, daß das kapitalistische System, diese Wurzel alles Elends, in absehbarer Zeit zusammenstürzen wird, dürfte vorläufig nicht in Erfüllung gehen. Die Sozialisierung der heutigen Gesellschaft ist noch nicht möglich, das Ideal ist noch in weiter Ferne, die Knochen der heute lebenden Völkern werden längst vermodert sein, wenn einmal der verhängnisvolle Tag anbrechen sollte. An dem arbeitslosen Dasein unserer heutigen Lohnslaven ändert auch die Ge- walt der von dem notwendigen Zusammenbruch des Lohnsystems nicht das geringste. Sie werden den friedlichen Untergang desselben kaum mehr erleben.“

So kann man es denn auch verstehen, wenn „Ge- nosse“ Franz Mehring, ein Freund und Günst- ling August Bebel's, die Prophezeiungen der Väter des Sozialismus über das Eintreten des Zu- kunftsstaates seinerzeit eine „optische Täuschung der großen Sozialisten“ nannte und wenn der „Vorwärts“ (1905, Nr. 207) in einer Auseinander- setzung mit dem „Genossen“ Kautsky schrieb: „Die So- zialdemokratie lehnt es ab, Fragen nach dem Zu- bentar des Zukunftsstaates auszufragen zu geben, nicht weil wir verlegen (!?) sind um eine Antwort, sondern weil wir zu viele Antworten geben könnten, und weil wir doch genau wissen, daß keine vollständig der Wirklichkeit entsprechen wird.“

Denjenigen aber, die wie der Verfasser der oben erwähnten Artikelserie, den Zukunftsstaat in den schönsten Farben schildern, daß in ihm wachse „Best- genug für alle Menschenkinder“, und die allmäh- lich bei „freier Wahl der Arbeit“ zu Engeln würden, verdient entgegengehalten zu werden, was „Genosse“ Franz Lauffötter 1908 in den „Sozialist. Mo- natsheften“ (Nr. 21) schrieb:

deutlich, als daß man sich leichtfertig darüber hin- wegsehen sollte. Es hilft nichts, wenn die Alkohol- söldlinge immer wieder behaupten, die Unfallschäuf- licheit an Montagen einzig auf andere Ursachen zurück- zuführen; abermals eine Statistik macht ihre Einwände hinfällig und zeigt abermals, daß der Alkoholge- nuß an Feiertagen die geistige Spannkraft am folgenden Tage lähmt. Die zahlreichen weiblichen Arbeiter in Industrie und Gewerbe gehen am Feiertag ebenso wie ihre männlichen Kollegen Vergnügungen aller Art nach und dennoch findet der Montag zumeist ausgezehrt und geträugelte Arbeiterinnen, die den Unfallschrecken besser gerathen sind, als alle anderen Kollegen. Warum? Weil die Arbeiterinnen wenig oder gar keinen Alkohol genießen, weil sie besonders keinen Schnaps trinken.

In Gesprächen über Arbeiterjahre ist mir oft von Unternehmern gesagt worden: Wir stellen Tausende in die Schutzbarricaden hinein und die Arbeiter kommen uns nicht einmal insofern entgegen, daß sie das einzige, was von ihnen verlangt wird, die Be- nutzung der Schutzbarricaden, erfüllen können, weil sie der Bier- und vor allem der Schnapsge- nuß daran hindert; in manchen Fällen mag das über- trieben sein, oft genug leider nicht, wie ich aus eigener, vieljähriger Fabrikstätigkeit bestätigen muß. Freilich hat das auch seine Ursachen in sozialen Miß- verhältnissen, besonders in ungenügender Ernährung, deren Folgen drückende Wohnungsnot, lange Arbeits- zeit, ungenügende Ernährung usw. sind, aber diese Gründe würden nicht bestimmend sein, wenn das Ein- zelindividuum mehr Willenskraft und Cha- rakterfestigkeit betätigte.

Vor allem ist es der trübselige Nachahmungstrieb, der die wirtschaftlich tiefer stehenden Volksschichten antreibt, die oft unrationale und schädlichen Gemis-

„Sie (die „Genossen“) zaubern in ihrem Kopfe eine Welt hervor und fragen nicht, ob es denn auch möglich ist, diese Zaubermel zu verwirklichen; das wirklich vor- handen schildern sie ein Wunderland, das nirgends an- anders existiert als in der Phantasie kindlicher Schwärmer. Auch nicht minder rein utopisch gedacht ist es, wollte man annehmen, der sozialistische Zukunftsstaat werde ideale, vollkommene Zustände schaffen. Auch im Zukunfts- staat wird mit Wasser gekocht werden, und auch dort wer- den die Menschen keine Engel sein, sondern Menschen mit menschlichen Schwächen und Mängeln bleiben. Ueberhaupt wird der Zukunftsstaat in Wirklichkeit ganz anders aus- sehen, als der Utopist ihn ausmalte. Die Menschen werden auch dort intensiver arbeiten müssen, um ihre gesteigerten Bedürfnisse zu decken, und es wird auch dort ein Zwang zur Arbeit geben und eine Kontrolle über die Leistung.“

Und wenn dieselben Propheten bei Massen vor- gauckeln, die Zeit des „Zusammenbruchs“ sei dann gekommen, wenn die Sozialdemokratie vermittle des Stimmgelicks einmal die politische Macht er- obert habe, so vergleiche man damit die Ausführun- gen des „Genossen“ Kolb in der Nr. 3 der „Sozialis- tischen Monatshefte“ d. J., wo er sich wie folgt ver- nehmen ließ:

„Daß die Sozialdemokratie in absehbarer Zeit allein an die Macht gelangen kann, muß dem als Illusion er- scheinen, der die soziale Struktur unserer Gesellschaft be- achtet, die denn doch noch ganz andere Umgestaltungen erfahren müßte, ehe man daran denken könnte. Daran würde selbst eine Mehrheit der Sozialdemokratie im Parlament, mag sie aus irgendwelchen Zufälligkeiten zu- stande kommen, nichts ändern können. Wäut irgend jemand im Ernst, aus Deutschland ließe sich durch Reichs- tagsbeschluß eine sozialistisch organisierte europäische Insel machen? Weder die Militär- noch die Flotten- politik, weder die Kolonial- noch die Handels- u. Zollpolitik könnte man aus dem Handgelenk heraus „revolutionär“ umgestalten. Auch wenn sie im Besitze der Mehrheit wäre, bliebe der Sozialdemo- kratie nichts anderes übrig, als mit Reformen zu be- ginnen und schließlich den „kapitalistischen Schutthaufen“ abzutragen. Mit der „Expropriation der Expropriateure“ müßte man äußerst vorsichtig zu Werke gehen; noch auf lange Zeit hinaus würde auch unter sozia- listischem Regime die kapitalistische Ausbeu- tung weiter bestehen müssen. Wenn dem aber selbst dann noch so ist, welche Schlussfolgerung ergibt sich daraus für die Politik und Politik unserer Partei, so- lange sie noch nicht einmal die parlamentarische Mehr- heit bekommen kann? Doch wohl keine andere als die, erst einmal den Gedanken eines plötzlichen Zu- sammenbruchs vollständig aufzugeben und den Weg der Reformen, den sie im Einzelfalle so oft beschritt, nun auch mit Bewußtsein zu geben und zuzugeben, daß die prinzipielle Verneinung der heutigen Ordnung zweck- und sinnlos ist.“

Mit ihrer Ratlosigkeit bezüglich dessen, was später eigentlich werden soll, gibt die Sozialdemokratie zu- gleich die ganze Haltlosigkeit ihrer Lehren und Prophezeiungen zu. Was ihre Pro- phetie des Zukunftsstaates ihren Lesern vorerzählt, ist nicht bloß „optische Täuschung“, sondern bewußter Schwindel. Und diejenigen, die sich diesen anbinden lassen, können einem wirklich Leid tun. Sie wollen aber anscheinend betrogen sein!

Zur Lage der Güten- und Walzwerksarbeiter.

Schon das öfteren ist in unserm Organ die Lage der Güten- und Walzwerksarbeiter besprochen worden. Lei- der sind die Arbeitsverhältnisse in diesen Betrieben auch heute noch vielfach die denkbar ungünstigsten. Trotz des in den letzten Jahren, besonders durch die Initiative

Arbeiterjahre und Alkohol.

Von Dr. Heinrich Diezenthall

Der Alkohol ist der gewöhnliche Feind jeglichen Arbeiterjahres und nicht nur etwa dort, wo er im Übermaß, sondern vor allen Dingen überall da, wo er gewohnheitsmäßig genossen wird, wo man ihn für unentbehrlich hält. Bedarf es schon für den abfahrlüchtern Industri- oder Gewerbe- arbeiter in einem Gewirt von Maschinen und mechani- schem Zubehör, in einer mit Staub und allerlei schädlichen Gasen und Dämpfen erfüllten Luft ange- strengter Aufmerksamkeit, den zahlreichen Unfall- gefahren und hygienischen Nachteilen aus dem Wege zu gehen, wie viel schwerer ist das für einen Arbeiter, der nicht Herr seiner geistigen und physischen Kräfte ist, dessen Händen die unentbehrliche Sicherheit fehlt und der womöglich Schlei-er vor den Augen hat. Es kann gar nicht oft genug wiederholt werden, daß zahl- reiche schwere und tödliche Unfälle in Fabrik und Werkstatt, auf dem Gerüst und in der Grube weg- fallen würden, wenn sich die Arbeiter aus den Klauen des Alkohols und besonders des Schnapsensfels lö- ren lassen. Die Montag-Unfallstatistik*) redet zu

*) Um Hippenungen vorzubeugen, sei hier angedeut- lich angemerkt, daß die große Zahl der Unfälle an Mon- tagen, besonders in der schweren Industrie, sich kaum mit Schutzbarricaden und Alkoholge- nuß an Sonntagen in Zusammenhang bringen läßt. Der profühliche Einfluß in der Bekleidungs- hat, findet in der durch Ueber- ermüdung und ungesunderen reineren Spannung und Überanstrengung eine Ursache, die er gewöhnlich mit in Betracht ziehen muß. Im übrigen bitten wir Gewerkschaftler ganz im Sinne zum Kampfe gegen den Volksfeind Alkohol, denn gerade er ist ja der schlimmste Feind eines Arbeiters. — Die Redaktion.

der höher stehenden Klassen gleichfalls durchzuführen. Wenn große Kreise der besitzenden Klassen Genuß und Ehre darin suchen, in Wein- und bairischen Bier- stuben möglichst viel durch die Kehle zu jagen, so wollen solche Arbeiter in den Destillen und bei billigem Bier nicht zurückstehen. Gelegenheit zum Trinken gibt es ja immer: Im Sommer die Hitze, im Herbst der junge Wein und im Winter die Kälte, alle nur einigermaßen wichtigen Ereignisse im mensch- lichen Leben von der Geburt eines Kindes bis zum Tode eines lieben Freundes oder Angehörigen wer- den begossen, da der Alkohol die Freude mehrt und in Leid und Trauer trösten soll. Brauer und Bremser in edler Gemeinschaft haben es verstanden, dem Alkohol im geschäftlichen Interesse allerer- lichte wirt- liche Eigenschaften anzubilden; er soll nicht nur fröhlich machen und trösten, er soll auch ermuntern und kräftigen, den Geist anregen und die Phantasie beflügeln u. a. m. Dieser gehegte und gepflegte Al- koholabergglaube hat wohl die meisten Trinker auf dem Gerüst, er wird aber, wie aller Übermaße, vor dem gesunden Denken nicht Stand halten können.

Zwei Faktoren sind es besonders, die in gewerbe- lichen und industriellen Betrieben den Durst anregen: Große Heiz- und Feuerungsanlagen, sowie die Ent- wicklung großer Staubmengen. Die Schweißhüte der Arbeiter werden ausgedrückt und sorgfältig gereinigt ist die notwendige Folge. Wir haben nun weit verbreitete Industrien, in denen die Heizeanlage den ganzen Betrieb beherrscht und wo die Entwürfung von Staubmassen mit allen Vorrichtungen nicht auf- zuhalten ist. Da kommen vor allem Bergwerke, Bräu- und Kustfabriken, Hütten-, Stahl- und Walz- werke, Ziegeleien, Tonwarenfabriken, Kalt- und Be- mentwerke, weiter die Zementwaren- und Kunststei- industrie, zahlreiche Betriebe der Textilbranche, wie

unseres Verbandes geförderter geschlicher Schutzes der Arbeiter in der schweren Industrie, hat sich das ungünstige Verhältnis in vielen Betrieben noch wenig zum Vorteil der Arbeiter geändert. Regelmäßig wird dieser Zustand erstens durch die vollkommene Interesselosigkeit dieser Arbeiterkategorie, zweitens aber auch dadurch, daß unsere Gewerbeinspektion heute noch nicht so klappert, wie es eigentlich sein sollte, und drittens, weil die Zustände sich jahrelang eingebürgert haben, die einzelnen Arbeiter mit den Missständen im Betriebe sozusagen aufgewachsen sind — ihn nicht anders kennen — und so hat sich bei ihnen die Ueberzeugung gebildet, es muß so sein; wir müssen uns schiden. Auf einmal aber wird der Druck so stark, die gequälte Masse brennt sich auf, es bricht eine wilde, einige Tage anhaltende Bewegung aus, es wird nichts erreicht — und nachdem sind die Dinge schlimmer wie vorher.

Ein ganz besonders harter Druck scheint auf der Glitterarbeiterchaft im Gelsenkirchener Bezirk, besonders der der Gelsenkirchener Hochöfen zu lasten. Hier lehnte sich vor kurzem die Arbeiterschaft gegen das dort betriebene System auf. Die Zustände auf dem Werk waren derart krasser Natur, daß sie kaum glaublich erscheinen. Als die dortigen Arbeiter jüngst in einer von unserm Verbands einberufenen Versammlung diese Zustände schilderten, kamen geradezu schreiende Missstände an den Tag. Die zwölfstündige Schicht wird streng eingehalten — nicht aber die vorgezeichneten Pausen. Frühstück- und Vesperpausen kennen die Arbeiter schon lange nicht mehr. Jeder kann sein mitgebrachtes Brot gelegentlich oder ungelegentlich, so gut oder schlecht es eben gehen will, zwischen durch verzehren. Die einstündige Mittagspause ist reduziert bis auf durchschnittlich 22—28 Minuten. Trotz aller Dast bringen es diejenigen Arbeiter, die sich ihr Mittagessen zutragen lassen, nicht fertig, es ohne Unterbrechung in Ruhe essen zu können. Diejenigen aber, die in der Menage untergebracht sind, sind noch viel schlechter daran. Sie brauchen zunächst einmal bis 10 Minuten Zeit, um im Lauffschritt zur Menage zu gelangen; stehend können sie dann in Hast ihren dampfenden Kaffee kochen — und dann kann man ein Zurückkommen zur Arbeitsstelle beobachten, als handle es sich um ein Wettlaufen. — Wer beim Klänge der Schelle nicht auf seinem Posten ist, hat seine Strafe verdient. Das Strafsystem treibt dort aber auch die unglücklichsten Wüsten. Für eine einzige Verfehlung, an welcher mehr noch die Zustände im Betriebe wie der betreffende Arbeiter die Schuld tragen, wurde dieser eine Arbeiter beispielsweise zu Strafen im Betrage von 26 Mark herangezogen.

Ein anderer Arbeiter, dem sein Meister vor dem Gewerbegericht unserm Beamten gegenüber das Zeugnis eines fleißigen und willigen Arbeiters ausstellte, wurde, als er während einer 24-Stundenschicht ein Glas Bier trank, als „betrunken“ nach Hause geschickt und mit 4 Mark bestraft. Als er sich dann in der folgenden Schicht wegen der hohen Strafe beim Betriebsführer beschwerte, abermals herausgeschickt und am folgenden Tage zu Plagarbeiten kommandiert, wo er pro Schicht 1,20 Mk. Lohn weniger verdiente. Erst vor dem Gewerbegericht wurde dem Mann sein Recht.

Besonders interessant ist es, daß verschiedene Arbeiter eines und desselben Betriebes für ein- und dasselbe Vergehen verschieden hoch bestraft werden; in einem solchen Falle ist festgesetzt, daß einer mit 1 Mk., zwei mit 2,50 Mk. und einer sogar mit 3,50 Mk. bestraft wurden. Ob da Liebedienerei oder sonstige unsoziale Antugenden ihre Hand im Spiele haben, lassen wir hier dahingestellt; eine Strafe in Höhe der letzteren verstößt aber unserer Meinung nach gegen Ordnung und Recht.

Auch über Unfallverhütungsvorschriften geht man in dem in Rede stehenden Betrieb zur Tagesordnung über. So ist einwandfrei festgestellt, daß dort kaum ein Tag vergeht, wo nicht 1—2 Mann durch ausströmende Gase demütigt werden. Und das passiert nicht allein bei der Arbeit am Ofen, wo ja immerhin in jedem Betrieb mal eine Wand wackelt werden kann, sondern beim Verweilen in den sogenannten Aufenthaltsräumen wurden Arbeiter mehrfach durch dort eingebrachte giftige Gase betäubt. Zudem sind diese

Räume auch sonst in einer Verfassung, daß die Leute lieber auf ihre Benutzung verzichten. Räume, die für etwa 15 Mann bestimmt sind, werden mit 40, 50 und mehr Leuten besetzt. Verschiebbare Klappen oder Schränke zur Verwahrung der Werkzeuge und Kleidungsstücke kennt man nur dem Namen nach. So ist es denn kein Wunder, wenn dort vor unberufenen Liebhabern nichts sicher ist. Dabei wird aber abhandeln gekommenes Werkzeug den Arbeitern am Fahrtag in Anrechnung gebracht.

Einrichtungen zum Waschen nach vollbrachtem Tagewert fehlen fast gänzlich. Wohl ist eine Badeeinrichtung da, aber so klein, daß wenn die Arbeiter sie alle regelmäßig nach der Schicht auf einige Minuten benutzen wollten, sich diese Prozedur stundenlang hinziehen würde. Ein großer Teil der Arbeiter geht deshalb ungewaschen nach Hause; andere waschen sich, oft bis zu 20 Mann in einem einzigen Eimer und — was hygienisch noch bedenklicher — in ein und derselben Brühe, denn Wasser kann man ein solches Maß nicht gut mehr nennen. Was aber für unsere Arbeiter das „Bade zu Hause!“ bedeutet, das kann nur der ermessen, der die Gelsenkirchener Arbeiterwohnungsverhältnisse kennt.

Und nun erst die Trinkwasserfrage im Werke. Daß unsere Feuerarbeiter unter großem Durst zu leiden haben, weiß jeder mit den Verhältnissen Vertraute — auch die Werkleitung. Früher hat man auch für einwandfreies Trinkwasser in hinreichendem Maße gesorgt. Doch, das war einmal. Während man auf anderen Werken den Arbeitern durch Abgabe von Milch, Mineralwasser und sonstigen Getränken zum Selbstkostenpreis entgegenkommt, kümmert sich hier kein Mensch um ordentliches Trinkwasser für die vom Durst gequälten Feuerarbeiter.

Unbeachtet bleiben auch die Vorschriften für das Wachen von der Brücke aus. Der Inhalt der Wagen wird von der Brücke aus nicht durch besondere Rutscher in die Mäuerung befördert, sondern, weil Rutscher nicht in genügender Anzahl vorhanden sind, wird der Inhalt der Wagen einfach von der Brücke herabgeworfen — und zwar ohne jedwede Vorkehrung für den Schutz der unten in der Mäuerung arbeitenden Leute. Dazu denkt man an die große Staubentwicklung bei dieser Arbeit — und man hat die Erklärung dafür, warum in der Mäuerung jeden Augenblick einem Arbeiter ein Unglück zustoßt. Man begreift dann auch, weshalb sich schon des öfteren Leute weigerten, Material von der Brücke herabzuwerfen, mit dem Bemerkten, sie könnten es nicht verantworten, wenn dadurch die unten arbeitenden Kollegen Schaden nähmen. Die Folge einer solchen Weigerung war aber nur, daß die betreffenden selbst zur Arbeit in die Mäuerung kommandiert oder wegen Ungehorsam bestraft wurden.

Daß bei einer derartigen Behandlung der Unwille der Arbeiterschaft endlich zum Durchbruch kommen mußte, ist begreiflich. Die aber konnten solche unbegreiflichen Missstände auf dem Werke einreißen? — Weil die Arbeiterschaft bisher den Organisationsgedanken nicht erfaßt hatte! — Als vor drei Jahren wegen ähnlicher Missstände auf der hiesigen Hochöfen eine spontane Bewegung ausbrach, griff der Vertreter unseres Verbandes ein. Er erreichte durch eine Verhandlung mit der Direktion, daß die größten Missstände beseitigt wurden. Statt nun aber in der Organisation zur Eringung besserer Verhältnisse mitzuarbeiten, lehnte die Mehrzahl der Arbeiter, da sie die Gefahr befreit glaubte, dem Verbands den Rücken. Aber mit dem Wstehen des Interesses für die Organisation kehrten auch nach und nach die alten Missstände und Schikanen auf dem Werke wieder und steigerten sich mehr und mehr bis zu dem heutigen nachgerade unerträglichen Grade.

Wir sind nun aber weit entfernt davon, die Behauptung aufzustellen, daß die Verwaltung von diesen Zuständen unterrichtet ist oder gar die Anordnung zur Befreiung der Mittagspause u. gegeben habe. Uns scheint vielmehr, als wenn hier der Betriebsführer seine Hand im Spiele habe. Dieser Herr scheint über die „Arbeitskraft“ im Arbeiter ganz den Menschen mit menschlichen Bedürfnissen zu übersehen. Er scheint sich durch größtmögliche Anspannung und Ausnutzung seiner „Arbeitskräfte“ nach oben empfehlen zu wollen. Sätte er

nur auf „Druck von oben“ gehandelt, so hätte er sich über unsere Versammlung und deren Beschlüsse nicht so aufzuregen brauchen, wie er es zu tun beliebt. Er mag sich beruhigen; zu einem wilden Streit, wie vor drei Jahren, wird er die Arbeiterschaft nicht mehr treiben. Die Arbeiter sind durch die damaligen Erfahrungen gewarnt und wissen, daß man ihnen gemachte Zugeständnisse nur dann dauernd halten wird, wenn sie eine starke Organisation im Rücken haben. Die Feuerarbeiter haben sich daher dem christlichen Metallarbeiterverband angeschlossen und werden ihre Interessen mit Hilfe ihrer Organisation zu wahren wissen.

Darum wird der Herr Betriebsführer sie auch nicht zurückhalten können dadurch, daß er uns einen Aufseher als Berater oder Aufpasser in die Versammlungen sendet. Wir sind Manns genug, ohne solche Mithilfe über unsere Angelegenheiten zu beraten. Wir werden solche Leute regelmäßig hinauskomplimentieren, selbst wenn sie uns dann auch jedesmal bei der Polizei als nicht angemeldete „öffentliche politische“ Versammlung anschwärzen. Die hiesige Polizei kann Gott sei Dank noch zwischen „politisch“ und „nicht politisch“ unterscheiden und läßt sich in ihrem gebundenen Unterscheidungsvermögen auch durch einen Werksaufseher nicht beirren.

Hütten- und Walzwerksarbeiter! So wie hier, so steht es auch noch in vielen anderen Hüttenwerken; tausende unserer Kollegen in diesen Betrieben leiden unter denselben Missständen. Soll das so bleiben? Nein und nochmals nein! Wir sind Menschen und nicht Arbeitsmaschinen; wir haben ein Recht darauf, auch als Menschen behandelt zu werden. Darum rufen wir uns auf, streifen wir die Gleichgültigkeit ab, werden wir uns bewußt, daß wir nur geschlossen, in der Organisation vereint, einen Machtfaktor bilden, den man im wirtschaftlichen Betriebe der heutigen Zeit beachten muß. Wenn wir in der schweren Eisenindustrie tätigen Kollegen solidarisch zusammenstehen, dann wird die Zeit nicht mehr fern sein, wo auch wir eine menschenwürdige Behandlung, eine unserer schweren Arbeit entsprechende Arbeitszeit und einen die Existenz unserer Familie sicherstellenden Lohn uns erringen werden. Darum, Kollegen, schließt euch in Massen unserer Organisation, dem christlichen Metallarbeiterverband an; denn diese Organisation hat durch die Tat bewiesen, daß sie gewillt und imstande ist, das Los der Arbeiterschaft in der schweren Industrie zu bessern.

Gewerkschaftliches.

Hebergetreten.

Unter dieser Stidmarke schreibt uns ein Kollege aus Süddeutschland: Es ist Freitagabend. Der Vertrauensmann kommt zum Wohlwollen der Verbandorgane, liefert die einfließenden Beitragsgelder ab, ergängt seinen Markenbestand und meldet: „Der Kollege N. ist zu den Notizen übergetreten. Warum, das weiß er selber nicht — oder er schämt sich, es zu sagen.“ Trat nun dieser Kollege etwa aus Ueberzeugung zu den Genossen über? — Wer ihn kennt, wird es nicht nur bezweifeln, sondern rundweg verneinen müssen. Es müssen also wohl andere Gründe vorliegen. Man kennt ja die feinen und groben Mittel, welchen und Mittel der Genossen, man kennt auch die Resolution vom „entsprechend Behandeln“. Immerhin aber bleibt der Hebergetretene nicht frei von Selbstschuld, denn niemand wird eben auf die Dauer schlechter behandelt, als er sich gefallen läßt. Mehr Rückgrad, sollte man solchen Kollegen zurufen; der Rückgradlose wird zum Wackelkappen.

Doch gehen wir dem in Rede stehenden Fall einmal nach. Der betreffende junge Kollege trat neu in eine Werkstelle ein, wo die sozialdemokratischen Verbändler das große Wort führten. Es ist natürlich, daß ein junger Mensch in neuen Verhältnissen

Spinnereien und Webereien, ferner Lumpenfortschereien, Rauchwarenzuwickereien, Holz- und Metallbearbeitung usw. in Betracht.

Ob wir uns nun diese Betriebe in ihren Beziehungen zum Alkoholismus ansehen, wo len wir mit wenigen Worten die Ur, hmittel es Alkohols; soweit sie für die Arbeiterschaft in Betracht kommen, besprechen. Da ist vor allem frisches und gesundes Trinkwasser zu nennen, dessen Gebrauch durch Zusätze von Fruchtzuckern beehrt wird, dann kommen Seiers- und Sodawasser, Branjen, Milch, Tee, Kaffee, Kakao in Betracht. Sehr wichtig, weil es den Durst löst und zugleich Nährwert besitzt, ist frisches Obst, das an die 70% Wasser enthält.

Eine Industrie, unter deren Arbeitern der Schnaps bedauerlicherweise noch immer eine wichtige Rolle spielt, ist der Bergbau, der etwa 1 Million Arbeiter beschäftigt. Berggenähr i en wir uns einmal die aufreibende, gefährliche Tätigkeit eines unter Tage arbeitenden Bergmanns, dessen Leben gar nicht selten durch unermessliche Herabbrechen von Gesteins- oder Kohlenmassen, durch die unberechenbaren fallenden Wetter, von der Verwendung der Sprengstoffe, den oft ins Riesige gehenden Förder- einrichtungen und zahllosen anderen Arbeitsbedingungen unmittelbar gefährdet ist, der bei schwer erträglicher Hitze und im dichten Staub arbeitend, im Kampfe gegen so viele schwere Gefahren auch noch seine Willenskraft schwächt. Freilich spielen auch hier Ursachen mit, an denen die deutsche Arbeiterschaft keine Schuld trägt. Das fremde, oft genug minderwertige Arbeitermaterial, das um Lohne fechtet, mit denen der deutsche Arbeiter nicht im entferntesten konkurrieren kann, trägt Verantwortung in die Reihen der deutschen Arbeiterschaft, die bisher jenseits der Grenze blieben, sind doch Schnaps und

Brot und Brot und Schnaps oft die einzigen Mittel, von denen gerade im Kohlenrevier die fremden Arbeiter leben.

Der Bergwerksindustrie nahe verwandt ist die schwere Industrie, die in Hütten, Stahl- und Walzwerken mehr als 300 000 Arbeiter beschäftigt. Die Arbeitsverhältnisse stellen ungewöhnlich hohe Anforderungen an Gesundheit und Körperkraft dieser Leute: Das Beschneiden und Wstehen der Hochöfen, die nahe liegenden Gasexplosionen, Austreten der Flammen und das herumprallende heiße Me al, das Klagen der Gasleitungen, Fallwerke und Dampfhammer, die zahlreichen Gefahren verlangen angestrengte Aufmerksamkeit in einer heißen, stickigen und feuchten Atmosphäre. Hütten- und Walzwerksarbeiter müssen besonders im Sommer viel Flüssigkeiten zu sich nehmen und eine gute Trinkgelegenheit ist unbedingt erforderlich. Um so trauriger ist es, wenn wir erfahren, daß es mit dieser Trinkgelegenheit, von der nichts weiter als frisches Wasser verlangt wird, oft recht schlecht steht. Erst neuerliche Erhebungen des christlichen Metallarbeiterverbandes, die in der empfehlenswerten Wieserbischen Schrift „Der Arbeiterhunger in der gesundheitschädlichen und schweren Industrie“ niedergelegt sind, haben ergeben, daß in zahlreichen Hütten- und zugehörigen Betrieben Trinkwasser weder in genügenden Mengen, noch in genussfähigem Zustand vorhanden ist; bald liegt die Leitung den Leuten zu nahe oder Schläuche und Wasserhähne befinden sich in unansehnlichem Zustand. Auch Speise- und Ankleideräume, Wasch- und Badeeinrichtungen, die gerade in diesen Industrien unentbehrlich sind und deshalb vorbildlich sein müssen. Bedürfnisanstalten und Latinen viel zu wünschen übrig. Und alles das in einer Industrie, die mit Kapitalverhältnissen arbeitet und noch bis in die letzten Jahre die höchsten Gewinne abwarf.

Hohe Luft und Staubentwicklung wirken in manchen Betrieben zusammen, die Arbeiter zum ständigen Durst zu reizen; hier kommen nächst den Briettfabriken vorwiegend die Zement- und Kalkwerke in Betracht. In Ziegeleien werden die Steine zum Teil in Ringöfen, riesigen Bauklöfchen mit 15, 20 und mehr Heizkammern gebrannt. Die Bedienung dieser Ringöfen durch die Brenner, das Ein- und Ausfahren der Steine sind Arbeiten, welche die Kräfte aufs höchste anspannen und die Ausführenden im ständigen Schwitzen erhalten. Die Ziegeleiarbeiter stehen nun in vielen Gegenden im Ruf, besondere Schnapsfreunde zu sein und auch der Flaschenbierverbrauch ist in Ziegeleien, Ton- und Kiesgruben meist ein recht bedeutender. Dieser Alkoholgenuß erklärt sich ohne weiteres, sobald wir uns die Trinkwasserhältnisse, besonders in den abseits der Stadt gelegenen Betrieben näher ansehen. Während Fabriken und Werkstätten in großen und kleinen Städten zum Teil durch Anschluß an die öffentlichen Wasserleitungen mit frischem Trinkwasser versehen sind, liegt das bei ländlichen Betrieben wesentlich anders: In langen heißen Sommern tränken die Brunnen ein oder sie werden durch nahe gelegene landwirtschaftliche Betriebe, durch Düngerhaufen usw. verunreinigt, sodaß ihr Wasser schon bezw. ungenießbar wird, vielfach erzwungen es auch die schlechten Bodenverhältnisse, ein brauchbares Trinkwasser überhaupt herbei zu schaffen; dann muß man solches von entfernt liegenden Ortschaften und Gütern heranziehen, die Arbeiter bringen sich ihren Bedarf wohl auch in Krügen oder Kannen mit, was in wasserarmen Jahren natürlich besondere Schwierigkeiten verursacht. Es ist nun ein nicht hoch genug anzuschlagendes Verdienst der Fabrikinspektoren, daß sie dieser Wasseralamität auf kürzeste entgegentreten, ja, man ist glücklicherweise schon da

mit der Arbeit oft nicht so vom Fleck kommt, wie er möchte und müßte. Da braucht das „entsprechend behandeln“ manchmal noch gar nicht nach „Terror“ zu riechen, um den Meinen geschmeidig und willig zum Uebertritt in den sozialdemokratischen Verband zu machen — die Stimmung ihm gegenüber schlägt dann mit einem Male um, wenn er den Genossen zu Willen ist; der christliche „Döpel“ wird im Handumdrehen ein „tüchtiger Kollege“, ein „zielbewußter und aufgeklärter Mensch“. — Besonders jetzt, in der Zeit der politischen Hochkonjunktur gehen die Genossen mit allen Mitteln zu Werke, die Neuankömmlinge in den Werkstätten durch „entsprechende Behandlung“ für ihre Sache einzufangen.

Das sollten unsere Kollegen mehr als seither beachten und sich der jungen und neuangestellten Kollegen in den Werkstätten beizeiten annehmen. Man sollte diese Kollegen nicht wochenlang stehen lassen, ohne sich über ihre Organisationszugehörigkeit zu erkundigen. Namentlich auch der jungen, noch unselbständigen Kollegen sollten sich unsere Mitglieder mehr als seither annehmen und ihnen, wo es nötig ist, auch mit Rat und Tat an die Hand gehen. Finden diese so an den erfahrenen christlichen Kollegen einen Rückhalt, so werden sie auch mehr als bisher der „entsprechenden Behandlung“ von Genossenseite widerstehen können und für unsere Sache gewonnen und dauernd erhalten werden.

Durch den Arbeitsnachweis zum Monopolvertrag

In der Auswahl der Mittel zur Erlangung der unbeschränkten Herrschaft auf dem Arbeitsmarkt sind die sozialdemokratischen Gewerkschaften gar nicht wählerisch. Sie wenden den Grundsatz von „dem Rechte des Stärkeren“ überall da an, wo es ihnen in ihrem Interesse dienlich erscheint. In der letzten Zeit mehrten sich die Versuche, den Arbeitsnachweis als Anhebungs- und Maßregelungsinstrument für die christlich organisierten Arbeiter zu mißbrauchen.

Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter wies bereits im vorigen Jahre in seinem Verbandsorgan darauf hin, daß die mit der Tarifentwicklung zutragenden Bestrebungen der „freien“ Gewerkschaften auf Einrichtung des obligatorischen Arbeitsnachweises nicht nur eine Beschränkung der persönlichen Freiheit des Arbeiters, für den Arbeitssuchenden allerlei unangenehme Dinge mit sich bringen müßten, sondern namentlich auch den christlichen Gewerkschaften sehr gefährlich werden könnten. Das Blatt schrieb damals, bei den von Arbeitgebern und -nehmern paritätisch errichteten Nachweisen würde in den meisten Großstädten praktisch die Vermittlung von sozialdemokratischen Angestellten besorgt werden. Demnach die obligatorische Vermittlung hinzu, so bedeute das nichts mehr und nichts weniger, als das kein Arbeitsplatz mehr ohne den sozialdemokratischen Angestellten besetzt werden könne. Die obligatorische Vermittlung habe ferner den Nachteil, daß die christlich gestimmten Arbeiter sich nicht mehr in bestimmten Betrieben konzentrieren könnten. Bei dem Terrorismus aber, dem die christlich gestimmten Arbeiter in den sozialdemokratischen Hochburgen infolge der jahrein und jahraus betriebenen Hege ausgesetzt seien, sei es geradezu eine Notwendigkeit, sich in einzelnen Betrieben zu konzentrieren. Ohne diese Konzentration sei neben der sozialdemokratischen Bewegung eine andere überhaupt nicht empotbar.

Diese durchaus einleuchtenden Ausführungen erhalten eine Erweiterung durch zwei charakteristische Fälle. Bei der Tarifveränderung im Schneidergewerbe hatte der christliche Verband u. a. den Antrag gestellt (siehe Nr. 2/1911 Seite 12 u. Organs), daß die Vornahme von Verhandlungsgeschäften auf dem Nachweismessungsbureau — es handelte sich um die paritätische Regelung des Nachweismessens — oder in den Nachweislokalen (Aufnahmen von Mitgliedern, Einziehen von Beiträgen, Auszahlen von Unterstützungen usw.), wie auch die Besprechung der Verbandszugehörigkeit nicht gestattet werden sollte. Dieser Antrag wurde von den Vertretern der sozialdemokratischen Organisation abgelehnt und damit sollte, wie das „Zentralorgan“ der Arbeitgeber (Nr. 51/1910) schreibt, dem Arbeitsnachweis „ein Teil seiner paritätischen Bestimmung genommen werden“. „Das geschah, als die Vertreter des „freien“ Verbandes die Resolution Schwarzman (des Vorsitzenden des christlichen Schneiderverbandes) ablehnten und damit — allerdings nicht mit deutlichen Worten — kundgaben, daß sie das Organisationsprinzip zum guten Teil nur für sich, nicht für die Minderheiten gelten lassen wollten.“

Im Frankfurter Malergewerbe wurde die gleiche sozialdemokratische Machttaktik gehandhabt. Dort sollte tarifmäßig ein paritätischer Arbeitsnachweis errichtet werden, dem eine paritätisch zusammengesetzte Kommission als Verwaltung vorzustehen hätte. Als der christliche Verband seine Mitwirkung in der Kommission beantragte, ersuchte dieser Antrag seitens des sozialdemokratischen Verbandes prinzipielle Ablehnung. Nicht einmal beratende Stimme wurde dem christlichen Verbande eingeräumt. Andererseits wurde von dem christlichen Verband die Aufhebung seines Nachweises und die ausschließliche Benutzung des „paritätischen“ Nachweises verlangt.

Die ganze Begeisterung der Sozialdemokraten für die „paritätische“ Regelung des Arbeitsnachweises entspringt sich eben als ein Versuch, auf Umwegen dem monopolistischen Tarifvertrag näher zu kommen. Gegen diese Strömung den Kampf mit allen Mitteln aufzunehmen, gebietet den christlichen Arbeitern die Pflicht der Selbsterhaltung.

Ein Streik zwecks Protokollmachung christlicher Arbeiter

Ist von den Sozialdemokraten im Danziger Postler- und Tapezierergewerbe am 1. März in Szene gesetzt worden. Ende Februar lief dortselbst der bisher gültige Tarifvertrag ab. Das Anerbieten der im Zentralverbande christlicher Holzarbeiter organisierten Postlerer und Tapezierer zu einem gemeinsamen Vorgehen wurde von den Sozialdemokraten gar nicht beantwortet, worauf die ersteren für sich einen Vertragsentwurf einreichten. Bei den Verhandlungen zeigten die unzulässigen Genossen es durch, daß getrennt verhandelt wurde. Als zwischen den Arbeitgebern und Sozialdemokraten bereits eine Verständigung erzielt war, und erstere darauf bestanden, daß auch der christliche Verband als Vertragskontrahent zuzuziehen sei, warfen die Genossen das ganze Resultat der Verhandlungen über den Haufen und traten am 1. März in den Ausstand; einzig und allein um die Ausschaltung der christlichen Arbeiter gewaltsam durchzuführen. Solange ihnen dieser brutale Gewaltakt, so würde das die Protokollmachung sämtlicher Gehäusen im Danziger Postlerer- und Tape-

zierergewerbe bedeuten, die die Mitgliedschaft im sozialdemokratischen Verbands nicht mit ihrer Ueberzeugung vereinbaren können. Eine vom christlichen Gewerkschafts-Kartell einberufene öffentliche Versammlung beschloß am 7. d. Mts. mit diesem Stande das Verhalten der roten Freiheitshelden und beschloß nach zweistündiger Tagung einstimmig folgende Resolution:

„Die am 7. März in der Zimmerherberge tagende, von Mitgliedern und Freunden der christlich-nationalen Arbeiterbewegung äußerst stark besuchte Versammlung verurteilt in Uebereinstimmung mit einer am 4. März im St. Josephshaus stattgefundenen, ebenfalls stark besuchten Sitzung des Ortskartells der christlichen Gewerkschaften den vom sozialdemokratischen Tapeziererverband zum Zwecke der Ausschaltung der christlich-nationalen Tapezierer vom Tarifvertrag eingeleiteten Streik.“

Die Versammlung ist der Ansicht, daß durch dieses Vorgehen die Interessen der gesamten Tapezierer gefährdet und eine gesunde Weiterentwicklung der Tarifbewegung, wenn nicht rechtzeitig Vorkehrungen zur Abwehr getroffen werden, gefährdet ist. Sie ist ferner der Ansicht, daß durch solche Vorkommnisse, wenn sie sich wiederholen, die Interessen der gesamten Arbeiterklasse auf das schwerste gefährdet werden, weil durch dieselben die Bestrebungen derjenigen, welche unablässig bemüht sind, die Freiheiten und Rechte der Arbeiter auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens zu beschränken, in der unterverantwortlichsten Weise Voranschub geleistet und namentlich die Koalitionsfreiheit gefährdet wird. Ganz besonders aber verurteilt die Versammlung das Vorgehen, weil es in höchstem Maße unmoralisch ist, die Freiheit der christlich-national gestimmten Tapezierer mit berartigen Mitteln zu bekämpfen. Es ist ein Versuch, dieselben durch Gewalt entgegen ihrer inneren Ueberzeugung zum Zutritt in die sozialdemokratische Organisation zu zwingen.

Die Versammlung spricht den im Kampfe um die Freiheit der Betätigung ihrer Ueberzeugung stehenden Tapezierern die vollste Sympathie aus.

Im Interesse einer gezielten Entwicklung des Tarifvertragswesens und der Wahrung der persönlichen Freiheit verpflichten sich die Versammelten, an der Ausbreitung und Stärkung der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung für alle Berufe unermüdet zu arbeiten und fordern alle christlich-national gestimmten aber noch nicht organisierten Arbeiter auf, der Bewegung in ihrem und im Interesse der gesamten Arbeiter unverzüglich beizutreten.

Mögen die christlichen Arbeiter allerorts aus diesem Vorgange die einzig richtige Lehre ziehen. Dem rechten Uebermut der unzulässigen Genossen können sie nur ein wirksames Paroli bieten, durch allseitige Stärkung der christlichen Gewerkschaften.

Bestrafte Verleumder.

Gegen Ende des Monats Juli vorigen Jahres wurde in Biersen gegen den christlichen Gewerkschaftssekretär Friedr. Reich ein durchaus ehrenrühriges Gerücht verbreitet. Eine Verleumdungsvorstellung der christlichen Gewerkschaften nahm zu der Angelegenheit sofort Stellung, und hier schon zeigte es sich klar und deutlich, daß das zirkulierende Gerücht nichts anderes war, als eine Verleumdung. Im Auftrage des Zentralvorstandes des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter erhob der Justizrat Schmitz Klage wegen Verleumdung. Unschuldig war bei allen Klagen das Amtsgericht Biersen.

Im Wege des Vergleichs wurden 2 Klagen erledigt. Der Arbeiter Richard Vollen (nichtorganisiert) wurde, da er den Vergleich nicht erfüllte, verurteilt, öffentlich zu widerrufen, die Kosten des Verfahrens

hin genommen, daß man die Konzeption einer solchen Anlage vom Vorhandensein eines genießbaren Trinkwassers abhängig macht, weiß doch gerade der Fabrikinspektor, der jährlich zahlreiche Betriebe kennen lernt, daß Hunderttausende von Arbeitern Schnaps und Bier nicht aus Gesundheitsbedenken bevorzugen, sondern daß sie nur dort Gesundheit und Geld dem Alkohol opfern, wo sie ein gutes frühes Trinkwasser in reichlichen Mengen nicht bekommen können. Wie hat er sich bei manchen Unternehmern das sozialpolitische Verständnis ist und wie sehr ihnen die Gesundheit ihrer Arbeiter am Herzen liegt, geht daraus hervor, daß die Versorgung mit einwandfreiem Trinkwasser gar nicht selten auch dort, wo sie nur geringe Kosten verursacht, durch politische Verfügung erzwungen werden mußte. Jüngelien und Donatensfabriken beschäftigen im Deutschen Reich an die 1000 Arbeiter und um ein treffendes Bild über die wirtschaftlichen Ursachen des Alkoholismus in diesen Betrieben zu geben, möchte ich meine Leser an Hand der amtlichen Jahresberichte der Fabrik- und Gewerkschaften einmal durch die Ziegeln Deutschlands führen, da würden sie einsehen, daß die Arbeiter oft genug durch die gegebenen Verhältnisse zum mindesten partiell veranlaßt werden, ihren Durst mit Bier oder Schnaps zu stillen. Natürlich muß ich mir das versagen, da der zur Verfügung stehende Raum bei weitem überschritten würde. In welchem Verhältnis steht nun auch hier der Alkoholismus zu den Betriebsbedingungen? Der Grundabbaue bei der Gewinnung des Rohmaterials, die Handhabung der Erzeugnisse, Donatens- und Kalkergänge, Ziegelbrennen und Zerkleinerungsmaschinen, sowie die schon genannten großen Ofenanlagen, jeder gewöhnlich räumliche Zusammenbau heißt die zahlreichen Gefahren noch vermehren und steigern.

Zeit. Zementwerke und Zementmehlmühle. Die zu-

ammen mehr als 60 000 Arbeiter beschäftigen, wurden schon erwähnt. Obwohl die Zementfabriken, die zumeist mit großen Kapitalien arbeitende Gesellschaften sind, über technisch vorzüglich wirkende Erzeugungsanlagen verfügen, ist die Staubfrage mit ihren schweren Nachteilen für die Gesundheit der Arbeiter doch nicht völlig gelöst. Vor 20 und mehr Jahren, als das wesentliche Mittel zur Saubermachung im Leisten der Fenster bestand, waren natürlich auch die gesundheitlichen Verhältnisse für die Arbeiter weit schlimmere. Erkannte man eine Zementfabrik schon eine halbe Stunde weit an den Staubablagerungen, so war im Betrieb selbst die Staublage derart, daß man keine zwei Schritte weit sehen konnte und daß der Aufenthalt in den Arbeitsräumen für einen normalen Menschen unmöglich war. Daß Atmungsstörungen, besonders aber Tuberkulose unter der Arbeiterklasse bezog, ihrer Entstehung in hohem Maße beitragen waren, leuchtete ohne weiteres ein. Heute ist vieles gebessert und da die Besitzer resp. Aktionäre der Zementwerke außer an der Gesundheit ihrer Arbeiter auch an der Wiedererlangung des Staubes Interesse haben, ist wohl anzunehmen, daß dieses Uebel über kurz oder lang ganz beseitigt wird. Das Bedürfnis zum Trinken ist natürlich in solchen Betrieben immer vorhanden und Bier oder Schnaps vermindern die schon durch die Arbeit geschwächte Widerstandsfähigkeit des Körpers noch viel mehr; ein gutes, frühes Trinkwasser ist also unbedingt notwendig. Auch in Steinbrüchen steht es oft recht schlimm aus und das Fehlen geeigneter Erfrischungslagerstätten läßt die Arbeiter zu Schnaps und Bier greifen.

In vielen der hier genannten Großbetriebe findet die elektrische Kraft ausgedehnte Verwendung und während man bis vor kurzem annahm, daß der elektrische Strom erst bei 500 Volt tödlich wirkt, ist neuerdings

festgestellt, daß der Genuß von Spirituosen die Widerstandsfähigkeit des Körpers gegen Elektrizität wesentlich herabsetzt. Man sieht, das a b streuen ist je darauf, Alkoholiker nicht zur Bedienung elektrischer Anlagen zuzulassen, wenn Wechselströme zur Anwendung kommen.

Eine Industrie resp. ein Gewerbe, dessen Arbeiter unbeschäftigt große Massen Bier genießen, ist die Brauerei, bewilligen doch größere und kleinere Betriebe ihren Arbeitern Tagesrationen von 5—10 Liter Freibier, das heimlich Genossen gar nicht zu gedenken. Dazu vergesentwärtigt man sich den Betrieb. Große Kraftmaschinen und Transmissionsketten, Kessel, Aufzüge, große mechanische Dampfen, die jeden, der mit ihnen in Berührung kommt, mit ihren Schanzeln und Greifern packen, der Substanzbetrieb mit seinen Pfannen und Bottdüsen, die Kellerei, mit den gewaltigen unter Luftdruck abgestellten Lagerfässern, Satteln und Abtasteln dieser für die Gefahren, die das Fassbieren mit sich bringt, daß die Unfälle eine sehr hohe Zahl aufweisen und meist schwerer Natur sind, erklärt sich leicht. Man hat nun besonders auf Betreiben der Landesversicherungsanstalten und Krankenkassen durch Vermittlung der Gewerbebestreuer an die Unternehmer das Eruchen gelehrt, den Panstrunk abzulassen und statt des Bieres Geld zu geben. In größeren Brauereien hat man das auch versucht und ist wegen der außerordentlich günstigen Resultate, d. h. wegen der ganz bedauerlichen Verringerung der Unfälle und der Besserung des Gesundheitszustandes dabei geblieben; die kleine Brauereien weigern sich noch, die Gabe des Freibiers sei zu als eingemurzelt, als daß die Arbeiter verzichten möchten und sie würden bei einer Abkündigung des Bieres heimlich trinken. Jedenfalls je ein Brauerei-, Unfall- und Jubiläumsversicherungen ihre ganze Autorität ein, der Abkündigung des Panstrunks weichen

zu tragen und als Sühne eine Geldbuße zu zahlen. — Der Fabrikarbeiter Richard Dicker (Kirch-Dunder) wurde, da er den Vergleich ebenfalls nicht erfüllte, verurteilt, öffentlich zu widerrufen, die Kosten des Verfahrens zu tragen und als Sühne eine Geldbuße zu zahlen. — Der Weber Hubert Ludwigs, Vorsitzender des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, wurde wegen Weiterverbreitung des ehrenrührigen Gerüchtes über den Kollegen Pisch zu 10 Mark Geldstrafe oder 2 Tagen Haft und Tragung der Kosten verurteilt. Ludwigs legte durch seinen Anwalt am Landgericht in Krefeld Berufung ein; diese wurde aber kostenpflichtig verworfen. — Der Spinnereiarbeiter August Schüller, Berrauensmann im sozialdemokratischen Textilarbeiterverbande, wurde wegen des gleichen Vergehens wie Ludwigs zu 5 Mark Geldstrafe oder 1 Tag Gefängnis und zur Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. — Der Weber Friedr. Feldmann, hervorragendes Mitglied des Niederrh. Weberverbandes, wurde wegen des gleichen Vergehens wie Ludwigs zu 10 Mark Geldstrafe oder 2 Tagen Gefängnis und zur Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. — Mit dem Gelegenheitsarbeiter Constantin Conzen, der sich zur sozialdemokratischen Bewegung bekennt, wurde ein Vergleich geschlossen, worin der Beklagte widerrief, 10 Mk. Buße und die Kosten übernahm. Conzen fand es nicht für notwendig, den Vergleich zu erfüllen. Er wurde deshalb erneut vom Schöffengericht zu 20 Mk. Geldstrafe oder 4 Tagen Gefängnis und zur Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. So endete der Verleumdungsfeldzug, der gegen den christlichen Gewerkschaftssekretär Pisch von den Gegnern aller Schattierungen inszeniert wurde, mit einer gründlichen Niederlage und einer empfindlichen Bestrafung der Verleumder und böswilligen Verbreiter.

Mundschau.

Die Evangelischen Arbeitervereine im Königreich Sachsen halten am 18. und 19. März in Lugau ihre diesjährige Hauptversammlung ab, die in der großen Hauptsache durch die Erregung einer reichen Masse von Anträgen ausgefüllt wird. Die Festrede wird der langjährige Vorsitzende des Landesverbandes der Evangelischen Arbeitervereine Sachsens, Herr Pfarrer Winter in Dresden, der bei seinem diesjährigen Scheiden aus der Stellung des 1. Vorsitzenden des Landesverbandes Vorstandes zum Ehrenmitglied desselben ernannt wurde, halten über das Thema: „Die Stellung der Evangelischen Arbeiter in den wirtschaftlichen Kämpfen der Gegenwart.“ Am Sonntag abend wird dann zu Ehren der anwesenden Gäste ein Festabend veranstaltet werden, und am Montag findet die Beschäftigung einiger Kochenwerke statt. Die Evangelischen Arbeitervereine haben sich im vergangenen Jahr außerordentlich gut entwickelt, vor allen Dingen konnten sie im letzten Jahre mehrere Arbeitererzieher anstellen, die hauptamtlich in der Agitation tätig sind. Wir kommen auf die Tagung noch ausführlich zurück.

Streikbrecher sind nicht Krankenversicherungspflichtig; so entschied nach der Sozialtechnik das Oberlandesgericht in Königsberg. Ein Arbeitgeberverband hatte sich eine Kolonne der mühseligen Elemente zur gelegentlichen Verwendung gedungen. Er verpflichtete sich, ihnen jeweilig für

Verbreitung zu schaffen und bei der Bedeutung, die den großen staatlichen Arbeitererziehungen für unser ganzes soziales Leben zukommt, wird man sich auf die Dauer so gewichtigen Stimmen nicht verschließen können.

Durch zielbewusstes Vorgehen intelligenter Arbeiterkreise ist in den letzten Jahren manchelei geschehen. Der Schnapsgenuss hat eine weite Verbreitung erfahren, die Erhöhung der Braukosten führte in weiten Arbeiterkreisen zur Entlassung von Bier, und zuträglichere Getränke sind an die Stelle des Alkohols getreten, Erweichungen, die hauptsächlich nicht vorübergehend sind.

Wird auf der einen Seite eine fortgesetzte Weiterentwicklung der sozialpolitischen Gesetzgebung verlangt, fordert die Arbeiterchaft als ihr gutes Recht nicht als Geschenk oder Jagen Wohlfahrt, daß mit dem Wachsen der industriellen Betriebe auch die Einrichtungen fortschreiten, die dem Schutz von Leben und Gesundheit dienen, so ist es eine durchaus berechnete Forderung der anderen Seite, daß die Arbeiterchaft denjenigen Feind, der jeden Schwachsinn macht, in ihren Reihen unausgesetzt bekämpft. Den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern aber, den intellektuellen Führern der großen Massen erwächst die unabwiesbare Pflicht, im Betrieb und im privaten Verkehr, während der Versammlung und zu jeder anderen Gelegenheit gegen den Alkohol zu agieren; wenn sie, unterstützt durch die Hilfe der großen staatlichen Einrichtungen, durch die Mitwirkung einflussreicher Arbeiter und sozialer Verbände das Aufklärungswerk für sich er, so wird sich die Zahl der Opfer industrieller und gewerblicher Tätigkeit verringern, die Arbeiterchaft wird gesünder und den Kampf um ihre zukünftige Wohlfahrt führen können.

10 Tage Lohn, nicht Arbeit, zu geben. Bei einer Gastrolle der Streikbrecher verlangte die zuständige Krankenkasse von dem Arbeitgeber, er solle die Krankenkasse zur Krankenkasse anmelden und Beiträge für sie zahlen. Dessen weigerte sich der Unternehmer und es kam zur Klage. Die Klage der Krankenkasse wurde in letzter Instanz vom vorbestimmten Gericht abgewiesen. Interessant in der Begründung ist, daß die Streikbrecher tageweise vom Arbeitgeberverband abvermietet worden seien, um die streitenden Arbeiter gefügiger zu machen. Weil nun die Dauer der Beschäftigung in keinem Fall die Dauer von 8 Tagen überschritten habe, seien die Arbeitgeber im Rechte gewesen. Es bleibt also dabei, Streikbrecher sind nicht Krankenversicherungspflichtig. Die armen Teufel. Wenn der Mohr seine Schuldigkeit getan hat, kann er gehen!

Einem neuen Rekord in der Gemeinheit vollbrachte der sozialdemokratische Abgeordnete Hubin, Direktor einer sozialdemokratischen Einbruchs-Genossenschaft im belgischen Abgeordnetenhaus. Er spudde einem gegnerischen Abgeordneten ins Gesicht, wobei die ganze sozialistische Klippe in rasenden Wut ausbrach. Wenn schon der „gebildete“ Herr Direktor sich so niedrig gibt, zu welchen Höhenmenschen wird die Sozialdemokratie dann erst die Ungebildeten „erziehen“.

Als getreue Chronisten müssen wir zwei Vorgänge registrieren, welche die bekannte Wuesche Definition von der „ideellen Einheit“ zwischen Partei und Gewerkschaft in eine „materielle Einheit“ umwandeln. 1. Die Kosten des Wobaher und Weddingprozesses im Betrage von rund 75 000 Mk. werden bezahlt zu gleichen Teilen von der sozialdemokratischen Parteileitung, vom roten Gewerkschaftsrat und vom sozialdemokratischen Transportarbeiterverband. 2. Die Ortsverbände der sozialdemokratischen Gewerkschaften in Stettin beschließen, daß jedes Mitglied einen Extrabeitrag von 50 Pfg. zu zahlen habe, zur Deckung der Kosten der Reichstagswahl. Bei den 18 000 organisierten Mitgliedern kommt eine Summe von 9000 Mk. heraus. Die Mitglieder der freien Gewerkschaften sind also nicht nur gezwungen, die sozialdemokratischen Tageszeitungen zu halten und rote Wahlzettel abzugeben, sondern auch Beiträge zu zahlen für den roten Wahlfonds. Und das von Rechts wegen — durch Organisationsbeschluss. Das ist die letzte Folge von der Zugehörigkeit zu sozialdemokratischen Verbänden. Ob denn nun endlich verchiedenen Leuten, die bisher den „Freien“ Zutreiberdienste leisteten, die Augen aufgehen werden?

Zwei Streiks, trotz bewilligter Forderungen, inszenierten die sozialdemokratischen Gewerkschaften in jüngster Zeit. Der erste Fall spielt in Danzig. Dort sollte für das Tabakerzgewerbe ein Lohnstarif vereinbart werden. Zunächst betrieen die Sozialdemokraten den Ausschluss der Christlichen von den Verhandlungen, worauf dann geordnete Verhandlungen erfolgten. Endlich war eine Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern über den Vertrag erzielt; als aber die ersteren nun auch die christlich organisierten Tapezierer zur Unterzeichnung des Tarifs heranziehen wollten — was auch gegen den Willen der Genossen darauf bestanden, traten die Genossen am 1. März in den Ausstand. Also ein Streik, um die christlich organisierten Arbeiter vom Tarifvertrag auszuschließen! Gefänge ihnen dieser brutale Gewalttät, so würde das die Prothosmachung sämtlicher Gehilfen im Danziger Polsterer- und Tapezierergewerbe bedeuten, die die Mitgliedschaft im sozialdemokratischen Verbands nicht mit ihrer Ueberzeugung vereinbaren können. Die „Genossen“ handeln hier wieder nach dem Motto:

Und willst du nicht werden roh,
Hungern wir dich einfach tot!

Diesem frechen Hebermut werden die christlich organisierten Tapezierer wirksam entgegenzutreten wissen.

Der zweite Fall ereignete sich in Solingen. Die „Köln. Ztg.“ schreibt unterm 4. März darüber: „Die selbständigen Friseur des Kreises Solingen geben bekannt, daß sie alle Forderungen der Gehilfen in bezug auf Arbeitszeit, Lohnhöhe, Lohnzahlung, Freigabe des 1. Mai usw. bewilligt hätten. Die Verhandlungen seien lediglich deswegen gescheitert, weil gefordert worden sei, daß nur organisierte Gehilfen beschäftigt werden sollten, was sie nicht hätten zugeben können, weil sie dadurch einen unzulässigen Zwang auf die Gehilfen ausüben würden. Der Gewerkschaftssekretär des Gehilfenverbandes habe zudem bei den Verhandlungen selbst erklärt, daß der Verband die Garantie nicht übernehmen könne, daß den Prinzipalen organisierte Gehilfen in genügender Anzahl zur Verfügung stehen würden.“ — Es ist herrlich weit gekommen im deutschen Vaterland.

Wegen Sabotage verurteilte das Schöffengericht in Mannheim einen Lötzer, von der Feinzeugfabrik Friedrichsfeld, zu zwei Monaten Gefängnis. Er soll wiederholt Schrauben und andere Eisenarbeiten böswillig in den Ton werfen in die Feinwerkstätten, geworfen haben. Hierdurch seien Maschinen, Hammeradbrüche und andere Schäden entstanden. Das

Gericht sagt in der Urteilsbegründung, daß derartige heimtückische Bosheiten energig geahndet werden müßten. — Auch die französische Sozialisten- und Generalstreikler-Regierung ahndet die Sabotage schwer. So wird von dort gemeldet: Die im französischen Eisenbahnerstreik entlassenen Angestellten sind wieder eingestellt worden, mit Ausnahme derjenigen, die wegen Sabotage verurteilt wurden.

Dem Hauptgeldgeber des Zentralorgans der französischen Sozialdemokraten, „L'Humanité“, dem Baron Rothschild, wollen die sozialdemokratischen Elektrizitätsarbeiter in Paris an den Kragen. Durch ihren Sekretär ließen sie ihn auffordern, seinen Widerstand gegen die Einstellung der gemäßigten Elektrizitäts- und Eisenbahnarbeiter aufzugeben. Wenn Rothschild den Arbeitern nicht entgegenkomme, würden sie ins antimilitärische Lager übergehen. — Die Interessengemeinschaft und Freundschaft der roten und goldenen Internationale scheint ernstlich gefährdet!

Der Zentralverband deutscher Industrieller nahm in einer Kommissionsitzung Stellung zum Gesetzentwurf der Privatbeamtenüberhöhung. An der Beratung nahmen u. a. teil die Herren Buel, Beumer, Woldenhauer, Rötger. Es wurde ein Beschluß gefaßt, in dem bedauert wird, daß es nicht gelungen ist, die Lösung auf dem Wege eines weiteren Ausbaues der Invalidenversicherung zu finden. Seine Bedenken will der Zentralverband in einer Denkschrift darlegen. Weiter warnt er vor „Ueberstürzung“ in der wichtigen Frage. Jede Uebererei in der Verabschiedung des Gesetzentwurfes erweise als eine große volkswirtschaftliche Gefahr. — Das alte Lied! Wir meinen, daß die Privatbeamten lange genug gewartet haben.

Die Stabeisenvereinigung hat das Zeitliche gesegnet, und ist dem monatelangen Wogen und Bangen ein Ende bereitet. In mehreren Sitzungen hatte man sich geeinigt vor Erneuerung des Stahlwerkstariffs 1912 eine Erhöhung der Beteiligung vorzunehmen. Die dem Stahlwerkverbände angehörenden Werke waren dadurch gebunden, mehrere mußten wegen Ueberstürzung der Beteiligung Abgaben zahlen. Auch war es gelungen, die Maximierung zu „kontingentieren“ und die Ausfuhrvergütung zu regeln. Durch diese Maßnahmen, sollte die Ausführung von den günstig gelegenen Werken in größerem Umfange als bisher aufgenommen werden. Durch die Entlastung des inländischen Marktes erhoffte man Preissteigerungen, aus denen dann die Exportfirmen schadlos gehalten werden sollten. Das ging aber vielen Werken nicht weit genug. Sie wollten eine Preisvereinigung, um wenigstens nach außen hin mit bestimmten Preisen operieren zu können. Dem wollte sich aber das Stahlwerk Höchst in Höhe nicht fügen. An der Frage der Mindestverkaufspreise sind dann die Verhandlungen gescheitert. Dadurch wird nicht nur der Stabeisenmarkt in noch größere Verwirrung gebracht — die Preise sind inzwischen weiter gesunken — sondern auch die Erneuerung des Stahlwerkstariffs erheblich erschwert. Was die es zu bedenken hat für die Stahl- und Walzwerksarbeiter bei ihren schlechten Organisationsverhältnissen, brauchen wir hier nicht besonders anzumalen. Es ist oft genug geschehen.

Der deutschen Zinkindustrie droht der australische Staatssozialismus die Zufuhr des Zinkerges abzuschneiden. Die gegenwärtige Regierung in Australien will, nachdem die Eisenbahnen und Lebensversicherungen verstaatlicht sind, auch die Berg- und Eisenwerke „expropriieren“. Für die deutsche Zinkindustrie kann dieses verhängnisvoll werden, weil sie große Mengen australisches Zink verarbeitet. Im Jahre 1910 wurden insgesamt 210 530 Tonnen Zink aus dem Auslande eingeführt, davon er 134 590 Tonnen aus Australien. Die tonangebende Stellung, welche die deutsche Zinkindustrie bisher auf dem Weltmarkt einnahm, wird dadurch in Frage gestellt. Das deutsche Eisenbergwerk wird aber auch in Mitleidenschaft gezogen. Beim Ausbau des noch sehr unvollkommenen australischen Eisenbahnnetzes wird es auf Bestellungen nicht mehr zu rechnen haben. Auch eine Folge der Berggesellschaftlichung der Produktionsmittel.

Der ungetreue Kaspierer, Bertina, vom sozialdemokratischen Buchdruckerverband wurde in Wiesbaden wegen Veruntreuung von 21 000 Mark Verbandsgeldern zu anderthalb Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Divide et impera — teile um zu herrschen! — so instruierte die sozialdemokratische Metallarbeiterzeitung ihre Anhänger in Hinblick auf die kommenden Reichstagswahlen. Sie verspricht — und bemüht sich auch redlich — den politischen Kampf zu vergiften, um ihn „in einem uns (d. h. der Sozialdemokratie) günstigen Sinne zu beeinflussen.“ Mit diesem Versprechen nicht ist offenbar bei den Hamburger „Marx-Sozialisten“ und den radikalen Varieteliteraten a la Farneseck-Pragmatiker gut Wetter zu erbitten. Mit welchem Erfolge, zeigt der Ausgang eines Rededuell zwischen Farneseck und

Legien über das Thema Massen und Führer in einer Versammlung der Hamburger Zählstelle des Metallarbeiterverbandes am 1. März dieses Jahres. Nach den ausführlichen Berichten in der Leipziger Volkszeitung Nummer 53 und das Hamburger Echo Nummer 53 verlief die Versammlung äußerst blamabel. Der Probenhauser, der Massenvergötterter, Beschämter der Gewerkschaftsführer und Meister der revolutionären Phrasen erntete den stürmischen Beifall der Massen — und Legien, der Vorsitzende der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften fiel schmählich ab.

Bannetkoef verstand es aber auch meisterlich, die Massen einzujagen. Hier nur ein paar Proben: „Die Geschichte ist eine Geschichte der Massen“, die Führer sind nur die Ausfühler der Massenwillens“, die Massen haben immer recht, d. h. nach ihrem Willen richtet sich die endgültige Entscheidung“, es gibt keine größere und schönere Rolle, als Handlanger der Arbeiterklasse zu sein“, will man Geschichte machen, muß man ausprechen, was die Massen wollen“, die Masse entscheidet immer, wenn nicht direkt, so doch indirekt“. Die ganze Rede gipfelte in der Empfehlung des politischen Massenstreiks. Den Vorwurf, die alten, in der Arbeiterbewegung ergrauten Führer beleidigt zu haben, tat Bannetkoef einfach mit dem breiten marxistisch gedachten Diktum ab: „aber ich habe ihnen doch keine Vorwürfe gemacht, sondern bloß die Anschauungen und Konflikte aus natürlichen Ursachen zu erklären gesucht.“

Einer solchen Demagogie war der sonst so tabfere Legien natürlich nicht gewachsen. Als er den Spieß umkehren und die Konsequenzen der historisch-materialistischen Methode auf die Lebensweise der Intellektuellen und Parteitheoretiker vom Schlage Bannetkoefs aufzeigen wollte, gab's nicht mitzuverehende Zwischenrufe. Weder Entschiedenheit noch Bitten fanden bei der verhassten Masse Gehör. Als er aber gar im Schlusswort erklärte, die Abstellung des Probenhauser's im „Correspondent's Wort“ für Wort unterschreiben zu wollen, erschollen allgemeine Zwischenrufe. Beim weiteren Satz verzeichnet das Hamburger Genossenblatt „Große Aufregung“, und ein paar Sätze weiter „Immer wachsende Aufregung“. Und noch der sozialdemokratischen Leipziger Volkszeitung schrieb man „Runter von der Bühne!“ und nur unter fortwährenden Zwischenrufen, wie: „mit dem Schmutz! Reichsverbandstil!“ etc. kam Legien zum Schluß: „Minutenlange Aufregung“ und „ganz vereinzelter Beifall“ verzeichnet der Bericht.

So mußte es ja kommen. Die „freien“ Gewerkschaftsführer haben sich ja nun einmal in das Joch der sozialdemokratischen Partei begeben — und ihr die Massen zur Erziehung zum Klassenbewußtsein zugetrieben — auch die „neutrale“ Metallarbeiterzeitung war stets „mit von der Partie“. Die „Klasse“ ist nun „erzogen“ — und nun kommen die „Handlanger“ dran. Der „Parteiheut“ soll da nicht rebellieren! — Divide et impera! meinte die Metallarbeiterzeitung und hietweil kamen die Parteitheoretiker und teilten sich die Massen zu — um zu herrschen. Die „Handlanger“ aber denken hietweil über ihre „große und schöne Rolle“ nach und suchen durch Verdächtigung und Verleumdung der „Christlichen“ die herrschenden Parteigänger wieder gnädig zu stimmen. Wenn's nur gelängen wollte.

Streiks und Lohnbewegungen.

Altenvörde. Die Bewegung bei der Firma Beddinghaus in Altenvörde ist nunmehr beendet. Herr Beddinghaus hat einen großen Teil der Forderungen der Arbeiter bewilligt. Damit hat eine Bewegung ihren Abschluß gefunden, die in allen ihren Phasen recht interessant war. Bereits im Dezember vorigen Jahres hatten die Arbeiter ihre Forderungen formuliert, die ja zum größten Teil in der vorigen Kammer unseres Organs veröffentlicht worden sind. Die Verhandlungen, die nun einsetzten, nahmen einen unglaublich mühsamen und langwierigen Verlauf. Bald bewilligte Herr B. etwas, bald vergaß er es wieder. Endlich tat er die Arbeiter ab mit dem Hinweis, sie hätten ihren Organisationen die Leitung der ganzen Sache übertragen, er müsse sich deshalb mit dem Arbeitgeberverband verständigen. Dazu lie die Organisation nicht angerufen hätten und jeder Arbeiter zu ihm hingekommen wäre, hätte er schon alles zur Zufriedenheit erledigt. Die durchgängig dieser Gewand war, geht aus dem späteren Verhalten des Herrn Beddinghaus zur Genüge hervor. Die Arbeiter haben nun ein, daß nichts mehr zu hoffen war und beschloßen mit großer Majorität die Kündigung bis zum 1. März letzten 104 gekündigt, welche Zahl sich in den folgenden Tagen auf 140 erhöhte. Da wurde Herr Beddinghaus nervös. Er erließ in jenem Betriebe einen Ulaß, beauftrage die schuldige Kündigung nicht maßgebend sei und betonte im übrigen, daß nur 68 Mann in Kündigung länden, weil 32 Arbeiter die Kündigung wieder zurückgenommen hätten. Den Arbeitern, die die Kündigung nicht eingereicht hätten, versprach er unter dem Androhung des Verlustes für ihr Verhalten die gleiche Unterweisung, die auch die Organisationen zahlten, wenn er den Betrieb stilllegen würde. Auch in der Folge ging er in gleicher Weise vor, willkürlich wurde die Zahl der gekündigten Arbeiter reduziert, um die Seite in dem Vertrag zu bringen. Nebenbei betonte er, daß die Arbeiter zu Klagen keinen Anlaß hätten und beteuerte endlich keine Klagen zu machen. Wie es insbesondere mit der letzten ankam, möge folgende beweisen. Arbeiter, die die Kündigung zurückgenommen hatten, beteuerte er mit „Kammerhand“, „Schlapper Hand“, „Schlapp“ u. a. Ausdrücken, die hier nicht wiedergegeben werden können. Einige Arbeiter, die

im Betrieb mit Kollegen sich unterhielten, wurden einfach auf die Straße gesetzt. Am 11. März sollte nun für einen Teil der Arbeiter die Kündigungsfrist ablaufen. Da kam Herr B. zur Einsicht und gab seiner Bereitwilligkeit zu Verhandlungen Ausdruck, die dann auch am 10. März erfolgten. Der größte Teil der gestellten Forderungen wurde bewilligt. Nur ein Punkt harret noch der Erledigung und das ist die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter. Die Erledigung dieses Punktes will Herr B. von der Entscheidung des Gewerbegerichtes abhängig machen. Wir geben jedoch der Hoffnung Ausdruck, daß auch dieser Punkt zur Zufriedenheit der Arbeiter erledigt werde. Interessant ist das neuerliche Verhalten des Herrn B. gegen die Arbeiter, die nicht gekündigt oder die Kündigung zurückgezogen hatten. Während er den zum Kampf bereiten Arbeitern seinen Respekt äußerte, bezeichnete er die oben benannten in abfälliger Weise.

Auf jeden Fall hat die Bewegung wieder bewiesen, daß nur auf Grund der Organisation etwas für die Arbeiter herausgeholt werden kann. Das muß uns ein Anlaß sein, mit verdoppelter Kraft zu wirken an der Ausbreitung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes und nach der Richtung hin müssen alle Kollegen von Allenvörde in Zukunft noch mehr wie bisher tätig sein.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuliefern, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zuzug fort.

Sundern bei Arnberg i. M. Bei der Firma Winterhoff ist Zuzug von Metallrüdern, Schleifern und Klempnern fern zu halten.

Dortmund. Die Arbeiter der Zinkhütte stehen behufs Aenderung des Prozentensystems im Streik.

Ilfenburg a. S. Hier stehen die Walzwerksarbeiter infolge erheblicher Akkord- und Lohnreduzierungen in einer Bewegung. Zuzug ist fernzuhalten, ganz besonders werden die Kollegen aus dem Hagener Bezirk ermahnt, keine Arbeitsverträge mit obgenannter Hütte einzugehen, bevor sie sich bei unierer Bezirksleitung über die Verhältnisse informiert haben.

Düsseldorf. Die Eisengießerei der Firma Schwarz ist für Former gesperrt.

Düsseldorf-Benrath. Die deutsche Maschinenfabrik ist für Dreher und Maschinenarbeiter aller Art gesperrt.

Zuzug ist fernzuhalten.

Gebelsberg-Altenvörde. Die Differenzen bei der Firma C. C. Beddinghaus sind im Wege der Verhandlung zugunsten der Arbeiter erledigt.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 19. März 1911 der zwölfte Wochenbeitrag für die Zeit vom 19. bis 25. März 1911 fällig.

Die Ortsverwaltung Ingershadt erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Extrabeitages von 10 Pfg. pro Monat zu dem schon bestehenden wöchentlichen Extrabeitrag von 5 Pfg. Die Nichtbezahlung dieses Beitrages hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Alle Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ohne Unterschied sind an die Geschäftsstelle des christl. Metallarbeiterverbandes, Duisburg, Seitenstr. 17, und nicht an die persönliche Adresse einzelner Beamten zu adressieren. Alle Geldsendungen sind von jetzt ab mittels Zahlkarte an unser Postkasskonto, Kontonummer 10433, bei dem Postinspektoramt in Köln zu überweisen.

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder. Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. So keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Meldung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Zählstelle unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Die Aufnahmefreie von allen dem Verbandsbeitretenden Mitgliedern, auch von den aus anderen Organisationen überretretenden, sind genau anzufüllen, vom Kassierer der Ortsgruppe aufzubewahren und bei der Quartalsabrechnung mit an die Zentrale einzuliefern. Die Kassierer mögen dieses genau beachten, um sich später unnötige Arbeit zu ersparen.

Aus dem Verbandsgebiet.

Osnabrück. Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am Sonntag, den 29. Januar ihre Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung standen die Punkte: Jahresbericht, Vortrag des Kollegen Oberhoffel-Diefefeld, Vorstandswahl und Verschließenes. Zu Beginn der Versammlung dankte unser langjähriger Vorsitzender, Kollege Diefeldmann, zunächst dem Kollegen Oberhoffel für seine Ergebenheiten in der Versammlung, ferner dankte er allen an-

wesenden Kollegen für ihr pünktliches und zahlreiches Erscheinen und sprach zugleich den Wunsch aus, sich auch an den folgenden Mitgliederversammlungen so zahlreich zu beteiligen. Hierauf erstattete der Kassierer zunächst den Jahresbericht, dem wir folgendes entnehmen: Die Einnahme für die Zentralkasse betrug 5979,90 M., die Ausgabe an Reiseunterstützung 55 M., an Krankenunterstützung 2018,75 M., an Arbeitslosenunterstützung 51,6 M. Für Unterstütlungen aus der Zentralkasse war als eine Gesamtausgabe von 2976,67 M. zu verzeichnen. Die Einnahmen der Lokalkasse mit Bestand betrugen 2630,31 M., die Ausgabe der Lokalkasse beliefen sich auf 1448,18 M. An die Zentrale gesandt wurden 3003,2 M., an die Bezirkskasse 709,70 M. Der Bestand der Lokalkasse betrug am 1. Januar 1182,13 M. Die Neujahrsreden gaben hierauf die Erklärung ab, alles in musterhafter Ordnung gefunden zu haben, worauf dem Kassierer Decharge erteilt wurde. Kollege Dörtemann bemerkte noch dazu, daß wir einen Zuwachs von Mitgliedern zu verzeichnen hätten und bat alle Kollegen im neuen Jahre in eine eifrige Agitation einzutreten.

Hierauf erhielt Kollege Oberhoffel das Wort zu seinen Vorträge. Jetzt, wo wir an der Schwelle eines neuen Jahres ständen, so führte Redner aus, gelte es für uns mit voller Begeisterung in die Agitation einzutreten, damit wir in der heranahenden Hochkonjunktur auch für uns etwas erreichen könnten. So wie die Arbeitgeber sich zusammenschließen zu Verbänden, so müßten es die Arbeiter zur Wahrung ihrer Interessen auch tun. Auch die Jugend müßten wir unserem Verbände zuführen, damit sie uns nicht verloren ginge; denn wenn heute die Jugend gehört, dem gehöre die Zukunft. Des weiteren besprach Redner die verschiedenen Streiks und Lohnbewegungen, die wir zum Nutzen der Arbeiter durchgeführt haben. Redner bat zum Schluß alle Kollegen, in eifrige Agitation einzutreten, ein jeder müsse mithelfen und mitarbeiten am Erstarken des christlichen Metallarbeiterverbandes, zum Besten unseres Standes. Die Vorstandswahl ergab folgenden Resultat: Gewählt wurden die Kollegen W. Dörtemann zum 1. und Valentin Lih zum 2. Vorsitzenden; Heinrich Trep zum Kassierer, Gerhard Bergmann zum 1. und Fritz Wolf zum 2. Schriftführer, Heinrich Schmal und Heinz Gröne zu Revisoren. Als Parteibefugigte für die Ortsgruppe Osnabrück wurden die Kollegen Bernhard Lubowitz, Wilhelm Hörnichemeyer und Ignaz Jgel und für die Sektion Gasse die Kollegen Warhus und Wiedemann gewählt. Unter Verschließenes wurde auf Antrag beschlossen, jeden 2. und letzten Sonntag im Monat regelmäßig wieder Versammlung abzuhalten. Hierauf wurde dem Kollegen Oberhoffel das Schlusswort erteilt. Selbiger bat nochmals die Kollegen, eifrig zu agitieren für unseren Verband, und schloß hierauf mit einem schönen Spruch seine Ausführungen. Nachdem Kollege Dörtemann dem Redner nochmals gedankt und auch die Kollegen zur Mitarbeit aufgefordert, schloß derselbe die schön verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband.

Höchst a. M. Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 5. Februar im Gesellenhause statt. Der Besuch ließ zu wünschen übrig, obwohl es doch erste Pflicht eines jeden Kollegen sein sollte, sich durch Besuch der Generalversammlung über den Stand seiner Organisation am Orte zu orientieren. Es zeugt von einer unerschütterlichen Interessentlosigkeit, wenn Kollegen den Besuch der Versammlungen gewohnheitsmäßig vernachlässigen. Aus dem vom Kassierer erstatteten Geschäfts- und Tätigkeitsbericht ist zu ersehen, daß es auch in unserer Ortsgruppe, trotz aller Hindernisse, vorwärts gegangen ist. Die Zahl der Aufnahmen betrug im Berichtsjahre 53, abgereist und ausgeschieden sind 23 Mitglieder, jedoch wir gegen den Stand des Vorjahres einen Gewinn von 30 Mitgliedern verzeichnen können. Im letzten Jahre wurden u. a. auch verschiedene Betriebsversammlungen bei der Firma Breuer und Komp. abgehalten, darunter eine öffentliche, in der eine Anzahl Kollegen für unseren Verband gewonnen wurden. Die Einnahmen der Hauptkasse beliefen sich auf 2042,86 M., die Ausgaben am Orte 833,40 M., an die Zentralkasse abgesandt wurden 1209,47 M. Die Lokalkasse hatte eine Gesamteinnahme von 879,40 M., die Ausgaben betrugen 273,53 M., somit verblieb der Lokalkasse ein Bestand von 605,87 M.

Bei der Vorstandswahl wurde Kollege Jakob Knobling, welcher schon seit Gründung unserer Zählstelle das Amt des ersten Vorsitzenden bekleidet, wiedergewählt. 2. Vorsitzender wurde Kollege Karl Schwabe; unser langjähriger Kassierer, Kollege Joh. Brandl, wurde als solcher wiedergewählt. Schriftführer wurde Kollege Georg Kammerer, Revisoren die Kollegen Joh. Ganappel und Maximilian Hornung. Die Kollegen Kuschling, Schwabe, Brandl, Willmann, Roth und Maas wurden zu Parteibefugigten gewählt.

Unter Punkt Verschließenes richtete Kollege Kammerer an die Versammlungen eintragliche und beherzigende Worte über die Notwendigkeit einer intensiven Agitation. Er rückte die Gefahr der sozialdemokratischen Monopolverträge für unsere Bewegung ins rechte Licht und zeigte, wie die Sozialdemokraten durch solche Monopolverträge die christlichen Gewerkschaften aus dem Wirtschaftskreislauf ausschalten und zu vernichten streben, um die christlichen Arbeiter in die roten Gewerkschaften hinein zu zwingen. Dem durch Stärkung und Ausbau unseres Verbandes entgegen zu treten, sei für uns einfach eine Pflicht der Selbstachtung. Unser Vorsitzender unterstrich diese Ausführungen des Kollegen Kammerer noch einmal und forderte die Kollegen auf, sich in der Folge noch mehr wie bisher in den Dienst der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu stellen und für die Stärkung unserer Zählstelle zu wirken.

Kollegen von Höchst! Wir haben alle ein Interesse daran, daß unser Verband auch in unserem Industriebezirk die Stelle einnimmt, die ihm gebührt; die Fülle eines jeden von uns ist es also, sich an der Agitationsarbeit zu beteiligen. Der allem sorgen wir jetzt einmal, daß der Versammlungsbesuch ein besserer und unser Verbandsorgan von allen Kollegen gelesen wird, dann wird mehr Verständnis für die Notwendigkeit unserer Bewegung und damit auch der rechte gewerkschaftliche Geist in unsere Reihen einziehen. Und dann, Kollegen, werden wir jetzt mit neuem Eifer an die Werbearbeit heran; rufen

ist nicht eher, bis der letzte hiesige Metallarbeiter als Mit-

Oberursel. Unsere Generalversammlung, bei welcher unser Bezirksleiter Kollege Scherrer-Offenbach anwesend war, fand am 22. Januar statt; sie war ziemlich gut besucht und nahm einen sehr schönen Verlauf.

Nachdem Kollege Mee im Namen des Vorstandes für die Wahl gebaukt hat, ergriff der Bezirksleiter Kollege Scherrer das Wort und dankte dem Vorstande, den Vertrauensmännern und allen, die mitgeholfen haben, an dem Ausbau und Fortschritt der Ortsgruppe.

Nieglitzberg. Am Sonntag den 12. Februar fand in Heusweiler im Lokale Müller eine Versammlung für Grubenhandwerker, Maschinisten und Geiger statt, die sich eines guten Besuchs erfreute.

Barmen (Studentische Arbeiter-Unterrichtskurse.) Durch die Massen unseres Volkes geht heutigen Tages ein tiefinnerer Drang nach Bildung und eine brennende Sehnsucht nach jener materiellen und geistigen Kultur, an deren nie versiegenden Quelle sich zu laben nur den Verzögerten dieser Erde vergönnt ist.

Saarbrücken. Einen glänzenden Verlauf nahm die Jahresgeneralversammlung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes, welche am vorletzten Sonntag in der Kuttbacher Bierhalle Saarbrücken I stattfand.

Sulzbach-Rosenberg. Der bleierne Druck der geschäftslauen Zeit hat auch hier einer besseren Periode den Platz räumen müssen.

an der Saar gewesen ist. Nicht nur die Grubenhandwerker und Maschinisten haben sich im verflossenen Jahre in großer Zahl unserem Verbands angeschlossen, sondern auch in den Orten mit Hütten- und sonstiger Metallindustrie machte sich ein reges, gewerkschaftliches Leben bemerkbar.

Die Gesamtentnahmen betragen 13 192,99 M. An die Hauptkasse in Duisburg wurden 7 993,58 M. abgeführt. Unterstufungen wurden ausgezahlt: Reiseunterstützung 97 Mark, Unzugsunterstützung 135 M., Arbeitslosenunterstützung 196,35 M., Krankenunterstützung 2 116,30 M.

Folgende Resolution wurde nach einer regen Diskussion einstimmig im Anschluß an den Geschäftsbericht angenommen:

Die zweite Generalversammlung der Ortsverwaltung Saarbrücken nimmt mit Genugtuung Kenntnis von dem Bericht und Jahresbericht 1910. Da aus demselben hervorgeht, daß der christliche Metallarbeiterverband an der Saar im Vormarsch begriffen ist.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung bildete „Erhebung eines wöchentlichen Lokalaufschlages von 5 Pfennig und Abschaffung des bis dato bestehenden Kartellbeitrages“.

In den Vorstand der Ortsverwaltung wurden Mitglieder aus den Zahlstellen Dudweiler, Maßbach, Hiltzingen und Gashem einstimmig gewählt.

Sulzbach (Saar). Daß die Hausagitation das wirksamste Mittel ist, um die noch indifferenten Kollegen aufzuklären und neue Mitglieder zu gewinnen, hat sich hier wieder erneut bewiesen.

mehr fern sein, wo der letzte christlich denkende Arbeiter von Sulzbach seinen Platz in der Organisation gefunden hat, zum Wohle seines Standes und seiner Familie.

Sulzbach-Rosenberg. Der bleierne Druck der geschäftslauen Zeit hat auch hier einer besseren Periode den Platz räumen müssen. Besser allerdings nur insofern, als sich jetzt wieder mehr Arbeitsgelegenheit bietet.

Wie notwendig es ist, daß alle Kollegen in der Organisation zusammen stehen, um eine Besserung zu erreichen, ergibt sich klar aus einem Jahresrückblick.

Hinsichtlich der Schichtlöhne konnten 148 Fragebögen bearbeitet werden, wonach sich folgendes Bild ergab:

Table with 5 columns: Höhe des Schichtlohnes in M., Zahl der Arbeiter, Durchschnitlicher Schichtlohn, Durchschnittlicher Lebensalter, Durchschnittlicher Dienstjahre.

Der größere Teil der Arbeiter hat einen Schichtlohn unter 3 M. Der durchschnittliche Schichtlohn beträgt 2,93 M., das macht bei 300 Arbeitstagen einen Jahresverdienst von 879 M.

Junge Leute unter 20 Jahren sind im Rosenberger Werk der Maghütte wenig beschäftigt. Die große Zahl der fluktuierenden Elemente, sowie die nahe an der Pensionierung stehenden Arbeiter sind an dieser Statistik sehr wenig beteiligt.

Durch Akkordverdienst erzielt allerdings ein großer Teil der Arbeiterschaft höhere Löhne. Diese bleiben jedoch noch weit hinter den zum Leben notwendigen zurück.

Table with 4 columns: Familienlohn im Monat, Zahl der Arbeiter, %, Durchschnittslohn pro Monat, Durchschnittslohn pro Tag.

Die Zahl der Schichten schwankt zwischen 25 und 32 im Monat und beträgt durchschnittlich etwa 28. Bei der in anderen Berufen üblichen Zahl von Arbeitstagen und Länge der täglichen Arbeitszeit würde die in Frage

Sterbetafel.

Quisburg. Am 6. März starb unser langjähriges Mitglied Karl Kirchhoff im Alter von 65 Jahren an Nierenleiden.
Werne. Am 18. Januar starb unser treuer Kollege Bernhard Ostamp im Alter von 46 Jahren infolge eines Unglücksfalles.
Ruppichterath. Am 27. Februar starb unser treuer Kollege Friedrich Schnelber im Alter von 58 Jahren infolge eines Herzschlages.
Brandenburg. Am 12. März starb unser lieber Kollege H. Zimmermann im Alter von 36 Jahren infolge eines Schlaganfalles.
Falkau (Waben). Am 10. März starb unser treuer Kollege Josef Ketterer, Schraubendreher, im Alter von 31 Jahren an Lungentuberkulose.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!
2. Bezirk (Eöln). In dem untern 12. März den Briefstellen des 2. Bezirks ungenügendem Zirkular der Bezirksleitung, betreffend die Bezirkskonferenz am 7. Mai muß es heißen: „Der Vorstand des Wahlbezirks hat bis spätestens zum 1. Mai (nicht 9. Mai) die Adressen der Delegierten an den Bezirksleiter einzuwenden.
Bezirk Nürnberg (Nordbayern). Unsere diesjährige Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 9. April vorm. 11 Uhr in Nürnberg am „goldenen Platz“, Lorenzplatz 25 statt.
Mittelsachsen. Samstag, den 25. März abends 8 Uhr im Saale des Herrn C. Leber, am Brinn, gemüthliche Zusammenkunft.
Augsburg. Samstag den 18. März, abends 8 Uhr Versammlung im Gasthaus „Zur goldenen Glode“.
Bremen (Kreis Eoef). Samstag, den 25. März (Maria Berl.) nachm. 8 1/2 Uhr öffentliche Versammlung beim Wirt Otterstedt für die Arbeiter von Bremen, Höttingen, Parsitz, Lüttringen, Kuhne, Hünningen u. Wültringen.
Duisburg. Sonntag, den 19. März, nachm. 8 1/2 Uhr bei Rüppers Mitgliederversammlung mit Vortrag.
Düsseldorf-Elber. Sonntag den 19. März, vorm. 11 Uhr Mitgliederversammlung bei Eßer.
Düsseldorf-Neuß. Sonntag den 19. März, vorm. 11 Uhr Mitgliederversammlung bei Hloh, Niederstraße.
Düsseldorf-Vertrath. Samstag den 18. März, abends 9 Uhr Versammlung bei Sampanischeri.
Düsseldorf-Gerresheim. Sonntag den 19. März, vorm. 11 Uhr Versammlung im roten Saal.
Düsseldorf-Oberbill. Sonntag, den 26. März, vormittags 11 Uhr Versammlung bei Föder, Köhlerstraße.
Düsseldorf-Nath. Sonntag, den 26. März, vormittags 11 Uhr Versammlung bei Schulten, Künsterstraße.
Dortmund-Ninnen. Samstag, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Fuchs.
Dortmund-Dorfheid. Sonntag, den 19. März, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Klindhammer.
Dortmund. Sonntag, den 19. März, abends 6 Uhr im Finkenhaus, Markt, Lichtbühnenort: „Armp und sein Werk“.
Dortmund H. Donnerstag, den 23. März, abends 7 1/2 Uhr Versammlung bei Bergemann, Oeverwäckerstr.
Dortmund-Hörde. Freitag, den 24. März, abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Stojke.
Effen-Stadt. Sonntag, den 19. März, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Großhauerstraße.
Effen-Zegeroth. Sonntag den 19. März abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant Lauenberg, Freiheitsstraße.
Effen-Großhauer. Sonntag den 19. März, abends 6 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant Rottkeiser.
Effen-Mittelscheid. Sonntag, den 19. März, morgens 11 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant Ralney, Rüttenscheidstraße.
Effen-Altrathen. Sonntag, den 19. März, abends 6 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant Eßer, Sommerstraße.
Effen-Kleingewerbe. (Schlöner, Schmeide, Klempner.) Samstag, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant Freitag, Grenzstraße in Effen.
Gelsenkirchen-Sigmund. Sonntag, den 19. März, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Eiler, Koberg- und Leopoldstr.-Ecke.
Gelsenkirchen-Hüllen. Sonntag, den 26. März, morgens 11 Uhr Versammlung bei Nachbarschaft.
Gladder. Sonntag, den 26. März, nachm. 4 Uhr Versammlung bei Reppel, öffentl. Gewerkschaftshaus.

stehende Arbeiterschaft trotz aufreibender, schwerer und jahrelanger Arbeit einschließlich Akkord pro Kopf nicht einmal den Jahres-Durchschnittslohn von 900 Mk. erreichen.
Die Aktien der Maxhütte haben dagegen unlängst nach den Kursnotierungen an der Münchener Börse die respectable Höhe von 570 % erreicht und helfen sich in den letzten Wochen zwischen 560 und 565.
Die Aktien der Maxhütte haben dagegen unlängst nach den Kursnotierungen an der Münchener Börse die respectable Höhe von 570 % erreicht und helfen sich in den letzten Wochen zwischen 560 und 565.

Die Aktien der Maxhütte haben dagegen unlängst nach den Kursnotierungen an der Münchener Börse die respectable Höhe von 570 % erreicht und helfen sich in den letzten Wochen zwischen 560 und 565.
Die Aktien der Maxhütte haben dagegen unlängst nach den Kursnotierungen an der Münchener Börse die respectable Höhe von 570 % erreicht und helfen sich in den letzten Wochen zwischen 560 und 565.

Silkeborg. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband ist trotz des Juredeus der freitenden Zelluloidarbeiter, des Eisenburger sozialdemokratischen Stadtverordneten und Reichstagskandidaten Raute und der Vorkämpfungen der Beamten des roten Fabrikarbeiterverbandes von seiner „eigenartigen Haltung“ nicht abzubringen.
Die Entpörung der sozialdemokratischen Arbeiter, die dieserhalb sehr groß ist, wird durch Sozialdemokraten der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsorgane unterdrückt.
Ja dieser Situation berief das Kartell der Eisenburger christlichen Gewerkschaften zum ersten Male eine öffentliche Versammlung ein mit dem Thema: „Was hat die Eisenburger Arbeiterschaft zu tun, um sich aus der total verzweifelten Situation zu retten.“

Die am 9. März im Hotel „Schwarzer Adler“ tagende, vom Kartell der Eisenburger christlichen Gewerkschaften einberufene Versammlung verurteilt entschieden das seitens der sozialdemokratischen Organisationen betriebene Verhalten bei dem heiligen Zelluloidarbeiterstreik, das, wenn es weiter betrieben wird, die unbedingte Niederlage der freitenden Zelluloidarbeiter zur Folge haben muß.

Insbepondere wird dadurch, daß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband im Gegensatz zu seiner in der „Ziwohli-Versammlung“ vom 7. 2. angenommenen Resolution seine Mitglieder, die mehrere Male zwecks Unterstützung der Streikenden die Kündigung eingereicht hatten, zur Fortsetzung der Arbeit veranlaßte und dadurch den ungepörrten Gang des Betriebes erst ermöglichte, der Streik der Zelluloidarbeiter unwirksam gemacht.
Ganz entschieden protestiert die Versammlung gegen die wahrheitswidrige Behauptung der „Metallarbeiterzeitung“ vom 4. 3. 1911, welche die Sache so darstellt, als beeinträchtigte das Weiterarbeiten ihrer Mitglieder den Streik keineswegs und als ob das Organisationsverhältnis der Eisenburger Metallarbeiter, welches ein sehr gutes ist, eine andere Haltung des Verbandes nicht geizt.

Die Versammlung spricht ihre Verwunderung darüber aus, daß weder sozialdemokratische Partei- noch Gewerkschaftsorgane bis jetzt Veranlassung nahmen, dem unpolitischen Treiben des Metallarbeiterverbandes entgegen zu treten und diese sich dadurch zu moralisch rückwärtigen an einer ebenwärtigen Niederlage der um die Koalitionsfreiheit der sozialdemokratischen Gewerkschaftler kämpfenden Zelluloidarbeiter machen.

Die Versammlung erklärt ferner, daß das Verhalten der christlichen Gewerkschaften in diesem Kampf ein absolut korrektes ist und eine Ursache zur Arbeitsniederlegung der christlichen Organisation nicht besteht. Sie verpflichten sich, nach Kräften für Ausbreitung derselben tätig zu sein.

Nach einem kräftigen Schlußwort des Gewerkschaftssekretärs folgt aus Jost (Gauß) fand die Versammlung, die für die Zukunftsentwicklung der christlichen Gewerkschaften Eilenburgs nicht ohne Bedeutung bleiben wird, ihr Ende.
Unsere Kollegen in Eilenburg haben jetzt die Pflicht, mit aller Macht unter den bis jetzt im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband organisierten christlichen und katholischen Arbeitern der Verhütung, die die moralische Schlotterung im roten Verband nicht weiter nachwachsen wollen, zu arbeiten.
Doch der christliche Metallarbeiterverband in Eilenburg! muß die Probe abwarten.

Briefkasten.

In Mehrere Einige Berichte mußte wieder abgelehnt werden.

Geldeingänge bei der Hauptkassa.

In der in der vorigen Nummer veröffentlichten Geldeingänge im Monat Februar ist nachzutragen: Oberhausen-Rülheim 1611,97 Mk.

Geldern. Sonntag, den 19. März, nachm. 6 Uhr Versammlung im Verkehrslokal der christlichen Gewerkschaften Franz Vogels. Referent: Kollege Arx.

Gebelsberg. Samstag, den 25. März, abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Lokale des Herrn Schillen, Mittelstraße. Tagesordnung: „Die Stellung der konfessionellen Vereine in der christlich-nationalen Gesamtbewegung.“

Günningfeld. Am 24. März 8 Uhr, Versammlung bei Dahremrecht.

Hamm-Norder. Sonntag, den 19. März, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Pöb.

Hamm-Seeßen. Sonntag, den 19. März, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Kleiff.

Hamm-Mark. Sonntag, den 19. März, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Bielefeld.

Hamm-Westtünnen. Sonntag, den 19. März, vormittags 11 Uhr Versammlung bei Helm.

Hamm-Lohausenholz. Sonntag, den 19. März, nachm. 5 Uhr Versammlung bei Böckmann.

Hamm-Stadt. Sonntag, den 26. März, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Seiffelb.

Hamm-Eiden. Sonntag, den 26. März, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Seiffelb.

Hamm-Osten. Sonntag, den 26. März, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Brinkwirth.

Hamm-Berge. Sonntag, den 26. März, nachm. 5 Uhr Versammlung bei Fischer.

Hattungen. Versammlung Sonntag, den 26. März 11 Uhr bei Haumer.

Hagen. Sonntag den 26. März, nachm. 4 Uhr bei Eichhoff Jugendversammlung. Alle Kollegen unter 19 Jahren sind freundlich willkommen. Unorganisierte Kollegen mitbringen.

Hasse. Sonntag den 19. März nachmittags 5 Uhr Mitgliederversammlung mit Frauen. Referat: „Welche Bedeutung hat die Gewerkschaft für die Frau?“ Erscheinen ist Ehrenpflicht.

Hannover. Samstag, den 25. März, abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Arbeiter-Verein, Linden, Konfordiastraße 14.

Hugolstadt. Freitag, den 24. März, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im kath. Vereinshaus. Unorganisierte mitbringen und pünktlich erscheinen.

Karlruhe. Sonntag den 19. März, nachmittags 1/3 Uhr öffentliche Gewerkschaftsversammlung in der Göttergasse. Pünktliches Erscheinen der Kollegen ist dringend notwendig. Samstag, den 25. März abends halb 9 Uhr Mitgliederversammlung mit Vortrag im Palmgarten, Herrenstr. 34 a.

Krefeld. Jeden Freitag abend zwischen 1/9-1/10 Uhr Geschäftsstunde in der Reichshalle.

Kemven. Sonntag den 19. März, morgens 11 Uhr Mitgliederversammlung im Lokale Kasch Engersstraße.

Kangendree-Werne. Versammlung Sonntag, den 19. März, 4 Uhr bei Wiebmann.

Leipzig. Unterhütungen etc. sind vom 15. März 1911 ab bei dem Kollegen Oswald Florik, Leipzig-Lindenau, Werseburgerstraße 93 von 7-8 Uhr abends zu erheben.

Millingen (Kreis Rees). Sonntag, den 19. März, nachm. 4 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Wwe. Lamerz.

Milspe. Samstag, den 18. März, Mitgliederversammlung bei G. Rosenbahl. Tagesordnung: 1. Jugendfrage, 2. Vortrag über die Unfallversicherungsgesetzgebung, 3. Verschiedenes. Die Mitglieder der konfessionellen Vereine sind freundlich eingeladen.

M. Geissen. Jeden dritten Sonntag im Monat, morgens 11 1/2 Uhr bei Lehnhoff Mitgliederversammlung. Die nächste am 19. März.

Neheim. Sonntag, den 19. März, nachm. 2 Uhr Mitgliederversammlung im Gesellenhause.

Neheim-Niederense. Sonntag den 19. März nachmittags 5 Uhr Versammlung bei Wille.

Neheim-Hüsten. Sonntag, den 26. März, nachm. 2 Uhr Mitgliederversammlung bei Danne, Hüsten.

Neheim-Wilschede. Sonntag, den 26. März, nachm. 5 Uhr Mitgliederversammlung.

Neheim-Wiskede. Samstag, den 25. März (Maria Berl.) nachm. 5 Uhr Mitgliederversammlung. Bericht von der Bezirkskonferenz.

Neunkirchen. Sonntag, den 19. März Versammlung im Gasthaus zum Stern (Schlepy.) Wichtige Tagesordnung. Alle erscheinen.

Nürnberg. Samstag den 25. März abends 8 Uhr in der Tafelhof Turnhalle, Hummelsteinerweg, große öffentliche Volksversammlung in welcher Kollege Etegerwald aus Köln sprechen wird. Kollegen! Motiviert für Massenbesuch. Jeden ersten Samstag im Monat Mitgliederversammlung im Zollhof, Zeltnerstraße 26. Büro: Fillewäckerstraße 3.

Reustadt a. d. S. Der Unterrichtskursus findet wieder regelmäßig jeden Mittwoch statt. Ferner alle 14 Tagen Mitgliederversammlung, die nächste Samstag den 18. März. Erscheinen ist Pflicht.

Olberg. Sonntag den 19. März nachm. 4 Uhr Versammlung bei Wwe. Kropf Bericht von der Bezirksversammlung.

Ofer. Sonntag, den 19. März, abends 8 Uhr im Saal des Herrn G. Bod Familienabend, wozu die Kollegen mit ihrer Familie hiermit freundlich eingeladen sind. Unorganisierte haben Zutritt.

Siegburg. Samstag den 18. März, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im Stammlokal Minoriten mit Vortrag.

Stranbing. Sonntag, den 19. März, vormittags halb 11 Uhr Versammlung im Münchener Hof. Mitgliedebücher sind mitzubringen.

Stuttgart-Cankatt. Samstag, den 18. März, abends halb 9 Uhr Versammlung im Alten Hasen mit Vortrag eines auswärtigen Redners.

Velbert. Samstag, den 25. März, abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Hebling (Zimmer links) Kirchstraße. Referent: Kollege Schmitz-Köln Unorganisierte mitbringen.

Wasseralfingen. Sonntag den 19. März, nachm. 3 Uhr Mitgliederversammlung in der Sängerkasse. Referent: Bezirksleiter Kollowath.

Witten. Sonntag, den 19. März, nachm. 4 1/2 Uhr Versammlung bei Wiele.

Zanten. Sonntag, den 19. März, nachmittags 4 Uhr bei Romberg Mitgliederversammlung mit Frauen. Vortrag eines auswärtigen Redners.